

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zahlung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Versendung nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Schriftausgabe gegen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., täglich Postumschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Expedition, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 66.

Die achtgrößte Anzeigenliste über Herrn Raum kostet 1,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleiner Anzeigen: Das fertige Drucke Wort 1,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befunde 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Befunde in Wort-Anzeigen: das fertige Drucke Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4603, 4625, 4645, 4622

FR E I H E I T

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Sturz der französischen Regierung

Keine Systemänderung

III. Paris, 12. Januar.

Die französische Regierung ist heute nachmittag gestürzt worden. In der Kammer waren mehrere Anträge über die auswärtige und die innere allgemeine Politik der Regierung eingebracht worden, deren sofortige Besprechung verlangt wurde. Die Regierung widersetzte sich dem und erklärte, mit Rücksicht auf den bevorstehenden Zusammentritt der interalliierten Konferenz in Paris die Vertagung der Anträge anzunehmen. Der Ministerpräsident stellte die Vertrauensfrage. Die Kammer lehnte darauf die Vertagung mit 463 gegen 125 Stimmen ab. Das Kabinett ist damit gestürzt. Um 4 Uhr 40 hat sich der Ministerpräsident Poincaré, geleitet von den Ministern, ins Exil begeben, um dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts bekanntzugeben.

Der Rücktritt des französischen Ministers kommt nicht unerwartet. Seit der demagogischen Demission des nationalisierten und militaristischen Kriegskriegsministers Poincaré war seine Position in der reaktionären Kammer erschüttert. Die nicht allzu große aber einflussreiche Gruppe um Poincaré und Tardieu war dem Ministerium wegen seiner „allzu schlappen“ Haltung bei Ausführung des Friedensvertrages feind. Die nationalisierte Strömung ist aber durch den Ausfall der letzten Senatswahlen noch gestärkt worden. Andererseits konnte man wieder dem Ministerium zum Vorwurf machen, daß es die internationalen Fragen nicht mit der nötigen Sorgfalt vorbereite, so daß die Differenzen zwischen den Alliierten immer wieder zum öffentlichen Ausbruch kämen. Erschien so einem Teil der Kammer das Ministerium nicht scharf genug in seiner Politik gegen Deutschland, so meinte der andere Teil, daß seine auswärtige Politik der notwendigen Geschicklichkeit und Bestimmtheit entbehre.

Dazu kommt, daß der Ministerpräsident Poincaré überhaupt nicht über die notwendige Autorität in der Kammer verfügte. Als er bei der Wahl Millerands zum Präsidenten der Republik dessen Nachfolger wurde, wurde er allgemein nur als der Mann betrachtet, der die ministerielle Deckung für die Führung der auswärtigen Politik durch Millerand selbst bilden sollte. Es war aber bei der starken selbständigen Stellung des französischen Parlaments nicht zu erwarten, daß dieses Verhältnis lange dauern könnte.

Mußte also mit dem Sturz der Regierung gerechnet werden, so bleibt doch der Zeitpunkt unmittelbar vor dem Zusammentritt der alliierten Ministerpräsidenten auffällig. Offenbar wollte aber die Kammer gerade bei dieser Konferenz die sowohl über die deutsche Entlassung als über die brennenden Orientfragen wichtige Entscheidungen bringen kann, durch eine stärkere und autoritativere Persönlichkeit vertreten sein.

Wichtiger als der Rücktritt von Poincaré wird die Gestaltung des neuen Ministeriums sein. Eine Systemänderung ist aber kaum zu erwarten. In der inneren Politik wird die reaktionäre Kammer den bisherigen Kurs um so eher beibehalten können, als durch die Spaltung des französischen Sozialismus die Widerstandskraft des Proletariats noch geringer geworden ist. Aber auch in der äußeren Politik sind die objektiven Verhältnisse stärker als die nationalisierten Wünsche und Bestrebungen einzelner Kammergruppen. Die ökonomische Krise und das große Defizit werden die französische Politik immer wieder dazu zwingen, zu einer wirtschaftlichen und damit schließlich auch zu einer politischen Verständigung mit Deutschland die Hand zu bieten, wenn die deutsche auswärtige Politik nicht allzu schwere Fehler macht. Dies um so mehr, da England gleichfalls aus ökonomischen Gründen, um die ökonomische Aufnahmefähigkeit Zentraleuropas und namentlich Deutschlands zu fördern, in dieser Richtung wirkt.

Staat und Bürgertum oder Ideologie und Wirklichkeit

In keinem anderen Lande als in Deutschland hat man dem Staat so verherrlicht, ihn zu etwas Mystischem, Absolutem, über dem Volke Thronenden und unabhängig von ihm Existierendem erhoben. Statt der nüchternen, den Tatsachen entsprechenden Auffassung, daß der Staat die Machtorganisation der Klassengesellschaft sei, durch die die jeweilig herrschenden Klassen ihre soziale Stellung aufrecht erhalten, hat man ihn zu einem absoluten Selbstzweck erklärt, in dem sich die Idee des Rechts verwirklichte.

Eine Kritik dieser Ideologie braucht hier nicht gegeben zu werden, dazu genügen die beiden Worte: Deutsche Klassenjustiz. Wir wollen heute nur zeigen, wie sich das wirkliche Verhalten des deutschen Bürgertums gegenüber dem verpöntelem Staat stellt, wenn es sich nicht um billige Worte, sondern um wirkliche Opfer handelt.

Die erste Bedingung, um wieder zu einer Gesundung der Wirtschaft und zu einer ruhigeren sozialen Entwicklung zu kommen, wäre vom Standpunkt des Bürgertums aus die Wiederherstellung der Ordnung im Staatshaushalt. Und dazu ist wiederum vom bürgerlichen Standpunkt aus notwendig die Aufbringung der Steuern. Die Befreiung des Defizits ist die unbedingte Voraussetzung für die Stilllegung der Notpresse und die Stabilisierung der Valuta. Diese ist aber erforderlich, um zu verhindern, daß die Löhne und Gehälter infolge der fortschreitenden Entwertung hinter den Preisen zurückbleiben und so das Elend der arbeitenden Massen immer weiter vermehrt wird. Zugleich bedeutet die Steigerung der Notenausgabe und die damit untrennbar verbundene Preiserhöhung das immer erneute Steigen aller Sach- und Personalausgaben des Reichs, also fortwährend wachsendes Defizit. Rasches und starkes Einziehen von Besitzsteuern bewirkt dagegen außerdem eine Verminderung der Luxusausgaben und der Einfuhr von Luxusprodukten aus dem Auslande, also eine Besserung der Zahlungsbilanz. Die Erhebung der Besitzsteuern ist also gerade vom bürgerlichen Standpunkt aus, der jede Neuorganisation der Wirtschaft ablehnt, eine unumgängliche Notwendigkeit, und wer die Besitzsteuern verweigert, ist schlechterdings ein Staatsfeind.

In England und Amerika sind während des Krieges Besitzsteuern eingeführt worden, die in ihrer Höhe im wesentlichen den Erbschaftsteuern gleichen. Diese Steuern sind auch jetzt noch in Kraft. In England und Amerika werden sie auch tatsächlich erhoben und von dem Bürgertum gezahlt. Dabei handelt es sich um Geld in vollwertiger oder nur wenig entwerteter Valuta. In Deutschland handelt es sich bekanntlich um die Zahlung in Papiermark.

Wie verhält sich nun das deutsche Bürgertum? Jedermann weiß, daß das deutsche Bürgertum die Steuererhebung in weitestgehendem Maße sabotiert hat, daß Steuerdefraudation und Kapitalverschöbung eine unheimlich weite Verbreitung gefunden haben.

Wie steht es aber um die Gestaltung der Vermögensbesteuerung selbst? Wie steht es namentlich um die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und um das berühmte Reichsnotopfer? Darüber gibt ein Artikel von Professor Dr. Bühler in der Zeitschrift „Recht und Wirtschaft“ interessante Aufklärung.

Bühler weist zuerst nach, daß die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, selbst wenn der Steuerzahler die gesetzlichen Vorschriften vollständig erfüllt, keineswegs zu der Wegsteuerung der großen Kriegsgewinne bis auf 172.000 Mark führen würde. Dafür sorgt die Geldentwertung, die die Steuererhebung vollständig ignoriert hat. Stichtag, d. h. der Tag der Einschätzung der Vermögenszuwachssteuer, war der 30. Juni 1919. Damals war die Geldentwertung noch in ihren Anfängen. Der Wert aller realen Güter stieg also in den folgenden Monaten um ein Mehrfaches. Die Steuer wird aber erst jetzt eingehoben. Das hat zur Folge, daß der auf jenen Stichtag errechnete Steuerbetrag heute prozentual sehr viel weniger ausmacht. Bühler gibt folgendes Beispiel:

„Es mag z. B. der Besitzer eines jener kleinen Sägewerke, die vor dem Kriege vielfach dem Erliegen nahe waren, aus dem Kriege aber durchweg als große Wertobjekte hervorgingen, sein größtenteils in Holzwaren oder auch in stehendem Holz bestehendes Vermögen am 30. Juni 1919 nach dem anzuwendenden gemeinen Wert, d. h. dem Verkaufspreis durchaus richtig zu einer Million angegeben haben; davon wären dann bei geringem Anfangsvermögen etwa 800.000 M. abzugeben gewesen, d. h. also 80 Proz. des in solchen extremen Fällen mit dem Vermögenszuwachs fast zusammenfallenden Gesamtvermögens. Aber jene Holzporräte sind heute, selbst nach gewissen Rückschlüssen, mindestens vier Millionen Mark wert und die richtig errechnete Zuwachsabgabe macht daher heute 800.000 M. von 4 Millionen, d. h. nicht mehr 80 Prozent, sondern 20 Prozent!“

Sehr gut zeigt Bühler dann, wie die Verzögerung in der Steuererhebung zu einer Art Abwälzung der Steuer benutzt werden konnte. Die Kriegsgewinnler benutzten den ihnen noch belassenen Kriegsgewinn, um die Konjunktur zwischen 1919 und 1920 mit ihrem unermeßlichen Warenhunger, dem Valutaschwund und der Möglichkeit fast grenzenloser Preisaufschläge ergiebig auszunutzen. In den Preisen

Die Lage in Oberschlesien

Kapitalistischer Patriotismus

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben:

Die Haltung der oberschlesischen Industrie zur Abstimmungsfrage ist noch immer völlig unklar. Es ist bezeichnend für den Patriotismus der oberschlesischen Großindustriellen, daß noch heute niemand weiß, ob sie deutsch oder polnisch stimmen werden. Selbstverständlich wirkt diese zweideutige Haltung auch auf den Teil der Arbeiterschaft, der in Oberschlesien noch im patriarchalischen Verhältnis lebt. Es steht fest, daß die Großindustriellen sich nach allen Seiten gesichert haben. So hat der Fürst von Pleß kürzlich erst eingehende Verhandlungen mit der französischen Wirtschaftskommission in Berlin geführt, um sich Gewissheit zu verschaffen, wie er sich seine Millionen im Falle einer für Deutschland ungünstigen Abstimmung in Oberschlesien sichern soll. Man kann sich vorstellen, welchen Eindruck diese Haltung der deutschen Großindustriellen auf die Entente macht. Selbstverständlich haben die oberschlesischen Großindustriellen auch die Zustimmung des Ministers Simons gefunden bei ihren Bestrebungen, französisches Kapital in die oberschlesische Industrie einzuführen. Alle diese kapitalistischen Maßnahmen weisen die Arbeiterschaft darauf hin, sich weder um die eine noch um die andere nationalisierte Propaganda zu kümmern, sondern sich stets klar zu machen, daß für sie nur das Interesse des internationalen Sozialismus und die Lebensbedingungen des Proletariats maßgebend sein können.

Ungeklärte Haltung der deutschen Regierung

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Kattowitz, 12. Januar.

Die Deutsche Regierung hat in der Abfassung ihrer Note eine sehr unglückliche Hand. Das zeigt wiederum die Note über die Unsicherheit in Oberschlesien. Das auswärtige Amt scheint über die Stimmung in Oberschlesien nicht gerade sehr gut unterrichtet zu sein. Die Note hat im wesentlichen recht, denn die Unsicherheit ist ohne Zweifel groß. Aber Oberschlesien hat auch früher schon keine sehr ruhige Bevölkerung besessen und vor allem ist die Steigerung der Verbrechen und die Vergrößerung der Unsicherheit die Folge der Abstimmungspropaganda überhaupt. Die Korruption und Demoralisierung, die die Volksabstimmung mit sich bringt, muß eine derartige Steigerung der Verbrechen zur Folge haben. Auch darin hat die Note recht, daß die polnische Propaganda sich im umfangreichen Maße terroristischer Mittel bedient. Es geht aber nicht an, in der Form, wie es die Note tut, für die Unsicherheit und die Zunahme der Verbrechen allein die polnische Aktion verantwortlich zu machen. Durch solche, im auswärtigen Amt nur allzu beliebten Ueberhebungen an sich berechtigter Beschwerden wird stets nur Unheil angerichtet. Im Interesse der oberschlesischen Arbeiterschaft, die nicht zuletzt

unter der Unsicherheit und der Zunahme der Verbrechen zu leiden hat, muß aber von der Entente-Kommission gefordert werden, daß sie energischer als bisher für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für den Schutz der persönlichen Sicherheit Sorge trägt. Es könnte sonst leicht der Anschein erweckt werden, als ob die Entente-Kommission kein Interesse an einem ruhigen Verlauf der Abstimmung hätte.

Herzogliche Unverschämtheit

Der Vertreter des ehemaligen Herzogs von Braunschweig, Schwiegerohn Wilhelms des Letzten, hat einer bürgerlichen Zeitung in Braunschweig mitgeteilt, daß das Herzoghaus die Abwälzung aller Steuern, die sich aus der Uebernahme der geforderten gewaltigen Vermögenswerte ergeben sollten, also Grunderwerbsteuer, Wertzuwachssteuer usw. auf das braunschweigische Volk fordere. Dagegen werde sich möglicherweise das Fürstenhaus den später zu erhebenden allgemeinen Steuern nicht entziehen.

Dieses fürstliche Drohengezänk bleibt sich in seiner Unverschämtheit immer gleich. Jahrhundertelang hat es das Volk ausgepreßt und sich Riesenerträge angeeignet. Jetzt, wo das Volk das ihm gestohlene Eigentum zurückfordert, erlaubt sich diese Klasse seinem unberechtigten Anspruch auf das geraubte Gut noch Hohn und Spott hinzuzufügen. Die Monarchen sind nicht alle so deutlich in ihrer brutalen Unverschämtheit; ob sie sich aber im Umzuge mit den „Untertanen“ höflicher und anderer Formen bedienen, im Grunde genommen gleichen sie sich wie ein Ei dem andern.

Kraffins Abreise aus London

London, 12. Januar.

Kraffin ist gestern abgereist. Vorher erklärte er einem Vertreter des „Daily Herald“, daß die Verhandlungen zwar nicht in eine Sackgasse geführt hätten, man könne sich aber nicht verhehlen, daß der Weg noch durch große Schwierigkeiten versperrt wäre. Die englische Regierung habe namentlich die Ausfuhrbewilligung für Gold zugehalten, das Rußland nach London einführen soll. Aber die Angelegenheit sei noch von so vielen Einschränkungen umgeben, daß man sehr pessimistisch sein müsse. Eine Einigung könne zustande kommen, doch werde der Handelsverkehr noch nicht aufgenommen werden können. Man habe den Russen gesagt, daß England in der Goldfrage die Verfassung nicht verletzen dürfe und man habe ihnen darauf geantwortet, daß das Abkommen als null und nichtig betrachtet werden müsse, wenn den aus Rußland eingeführten Waren in England nicht jener Schutz zuteil werden würde, der sie vor Beschlagnahme seitens der Gläubiger des alten Rußland sicherstelle. Man könne kein Gold nach London senden, wenn es von den Gläubigern des Zaren beschlagnahmt werden würde.

ausschlagen auf viele Gebrauchsartikel hat das Publikum und haben die arbeitenden Massen den Kriegsgewinnlern einen großen Teil der Steuer im Voraus bezahlt, vorausgesetzt, daß die Kriegsgewinnler auch ehrlich votieren. Und wer glaubt noch an diese Voraussetzung?

Nicht viel anders steht es mit dem Reichsnotopfer. Infolge der fortwährenden Geldentwertung seit dem Stichtag hat sich auch hier die prozentuale Belastung stark vermindert. Dazu kommen aber noch die großen Schwierigkeiten der richtigen Wertermittlung und die Schwierigkeit der Kontrolle, die von den Kapitalisten weidlich ausgenützt werden zur Herabdrückung ihrer Steuerverpflichtung.

Ein ganz besonderes Privileg genießt dabei die Landwirtschaft. Bühler berechnet die durchschnittliche Steigerung der neuen Pacht- und Kaufpreise und damit der Ertragsfähigkeit der Güter auf das Fünftfache, sicher sehr niedrig. Während aber der Besitzer von 100 000 Mark Aktien, deren Wert nach dem Kriege auf das Dreifache gestiegen ist, von dem Zuwachs von 200 000 M. 80 000 M. Steuern zahlen muß, braucht der Landwirt, dessen Hof von 100 000 auf 300 000 M. gestiegen ist, gar keine Vermögenszuwachssteuer zu zahlen, selbst dann nicht, wenn die Steigerung noch eine bei weitem größere wäre. Denn die Vermögenszuwachssteuer ist nach dem Ertragswert von 1913 zu berechnen. Während also sonst der nominelle Zuwachs infolge der Geldentwertung als wirklicher Zuwachs veräuert wird, gilt für die Landwirtschaft der Realwert, so daß der landwirtschaftliche Besitzer trotz aller Wertsteigerung im allgemeinen von der Entrichtung der Vermögenszuwachsabgabe befreit ist. Es ist klar, daß dadurch dem Reiche Milliarden von Steuern entgehen!

Die Landwirtschaft verlangt aber dasselbe Privileg auch für die Entrichtung des Reichsnotopfers. Sie will auch dem Reichsnotopfer den Friedenspreis zugrunde legen. Bühler sagt darüber:

„Einige wenig klare und auf alle Fälle nicht maßgebende Bemerkungen, die bei der Beratung der Reichsabgabenordnung über den Begriff der „ungewöhnlichen Verhältnisse“ gefallen waren, sich zum Glück machend, stellt sie sich nun auf dem Standpunkt, wir befinden uns seit Kriegsausbruch in ungewöhnlichen Verhältnissen, sehen daher von diesen ganz ab und legen dem Reichsnotopfer den Friedenspreis zugrunde! So sind auf Eratzen der Steuerberatungsstellen der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen offenbar ziemlich allgemein im ganzen Reiche die Reichsnotopfererklärungen für die Landwirtschaft tatsächlich abgegeben worden. Man hat den Mehrertragswert eingeleitet, womöglich vermindert um Abzüge für Wertminderungen an Gebäuden und an Viehbestand, grundsätzlich also den Ertragswert von 1913, der, wie nicht übersehen werden darf, damals in Preußen überwiegend noch von landwirtschaftlichen Veranlagungskommissionen und sicherlich nicht allzuviel abweichend, von dem für dieselben Güter übernommenen Ergänzungsteuerwert angelehnt wurde, wie er sich unter diesen Kommissionen und der wohlberathenden Einbindung vom Deklarationszwang seit Jahrzehnten herausgebildet hatte und der hinter dem wirklichen Wert schon damals durchschnittlich sicher ganz erheblich zurückstand. Dies also ist der Wert, den die Landwirtschaft jetzt, im Jahre 1920, einsetzt, wo ihre wirtschaftliche Lage sich gegenüber den anderen Ständen wahrlich riesengroß geworden ist, wo die Landwirte ihre jahrzehntelangen Schulden fast durchweg abtragen konnten, wo die Großgrundbesitzer Bankguthaben mit sechsstelligen Ziffern und die kleineren und mittleren Bauern vielfach einen in Koffern und Mistkannen aufgestapelten Bargeldvorrat haben, dessen Größe sie auf einige Tausend Mark gar nicht angeben können. Diesen Wert sehen auch die großen Standesherrschaften für ihre Wälder ein, in denen ihnen ein Reichum von Dutzenden und manchmal auch Hunderten von Millionen in den letzten Jahren recht eigentlich zugewachsen ist.“

Mit Recht kommt Bühler zu dem Schluß, daß das alles ein Hohr auf den Grundgedanken des Vermögenssteuergesetzes sei. In der Tat bedeutet das den völligen Bankrott der Besitzsteuergesetzgebung.

Und jetzt kann man erst das Verhalten des deutschen Bürgerturns voll würdigen. Man denke nur daran, wie die deutsche bürgerliche Presse fast ausnahmslos die Besitzsteuern für unentzählbar erklärt hat und damit die Steuerdefraudation geradezu entschuldigt, gerechtfertigt und herangezogen hat. Man denke daran, wie Dernburg sich mit Helfferich und Stresemann verbündet hat, um die beschleunigte Eingliederung der beiden ersten Raten des Reichsnotopfers zu obstruieren, obwohl diese gefinkelten kapitalistischen Interessensvertreter sehr genau wußten, wie gering die Belastung in Wirklichkeit geworden war. Dazu nehme man das Verhalten der Agrarier, die sich überhaupt der Steuerleistung entziehen, und zwar für Monarchie, Militär und ähnliche schöne Staatsgüter in idealer Selbstlosigkeit einsetzen, aber für den Staat unter keinen Umständen materielle Opfer bringen wollen. Und dann denke man zum Schluß noch daran, welches Gezeiter diese ganze Bande über die Steuern der Arbeiter, Angehörigen und Beamten erhob, als diese gegen den Steuerabzug, der bei den meisten das Existenzminimum traf, Protest erhoben.

Da habt Ihr das Bild der deutschen besitzenden Klassen, die patriotisch sind, wenn es sie nichts kostet, wenn Patriotismus Geschäft, gute Verforgung und vermehrte Ausbeutung bedeutet, die aber sofort sich als die schlimmsten Staatsfeinde entpuppen, wenn es gilt, den Staat durch ihre Opferwilligkeit zu retten. Und nochmals sei es gesagt: das amerikanische und englische Bürgerturn zählt jene hohen Steuerlächer in gutem Gelde, die die deutschen Agrarier und Kapitalisten in Papiermark ihrem viel nockleidenden, durch ihre Schuld verrüttelten Staate verweigern!

Staatskultus und Steuerscheu, Ideologie und Wirklichkeit!

Verhandlungen des internationalen Arbeitsamts. Der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes des Völkerbundes, war, wie aus Genf gemeldet wird, dort so ziemlich vollständig verammelt, um die Aussprache über seine Tagesordnung vorzubereiten. Er hat außer der Feststellung seines Budgets für 1921 das Programm für die nächste allgemeine Arbeitskonferenz auszuarbeiten, die voraussichtlich Ende Mai nach Genf einberufen wird. Die deutsche Vertretung beim Arbeitsamt war gestern schon anwesend. An Stelle des verstorbenen Legien hat Wiffel die vorläufige Vertretung der deutschen Arbeiterorganisationen übernommen.

Australische Kohlenlieferungen für Europa. Aus einer offiziellen Meldung geht hervor, daß Neusüdwales im abgelaufenen Jahr 140 000 Tonnen Kohle ausgeführt hat und außerdem Bunterkohle für 80 Dampfer lieferte. Zum erstenmal hat Australien dieses Jahr auch größere Mengen Kohlen nach Europa, namentlich nach Norwegen und Schweden, ausgeführt.

Die Bewegung der Eisenbahner

Der Fortgang der Verhandlungen

Nachdem die Vorstände der Großorganisationen der Eisenbahner zu dem bisherigen Verhandlungsergebnis Stellung genommen haben und auf Grund der einmütigen Ablehnung der Mitglieder im ganzen Lande neue Verhandlungen für notwendig hielten, trat am Mittwoch der Sechzehner-Ausschuß zu einer Besprechung zusammen. Aus den erstatteten Berichten ergab sich eine neue Verhandlungsgrundlage, die dann in einer am gleichen Tage abgehaltenen Konferenz mit Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrings eingehend besprochen wurde. Dabei wurde ganz besonders die finanzielle Auswirkung der zu fordernden weiteren Zugeständnisse behandelt. Schließlich erklärten sich die Vertreter der gesamten Gewerkschaftsbünde bereit, sofort mit den entsprechenden Regierungsstellen in Verbindung zu treten, damit ein befriedigendes Ergebnis erzielt wird.

Die Stellungnahme der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter

Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner hat in den letzten beiden Tagen in Berlin eine Tagung abgehalten, die von zahlreichen Delegierten aus dem Reiche besucht war. Nach langen Erörterungen kam man einmütig zu der Ansicht, daß die Regierungsvorschläge in der vorliegenden Form unannehmbar seien. Weiter wurde von der Versammlung gegen die halbamtlich verbreitete Meldung über die Streikabsicht der Eisenbahner Einspruch erhoben. Bei der durch W. T. B. gegebenen Mitteilung ist für das erreichte Ergebnis der Streikbestimmung die Gesamtzahl aller Eisenbahner zu Grunde gelegt. In Wirklichkeit handelte es sich lediglich um die Abstimmung der rund 250 000 Mitglieder der Reichsgewerkschaft, von denen laut Aufstellung 82 Prozent für den Streik gestimmt haben. Die übrigen Eisenbahnbeamten, die anderen Organisationen angehörten, konnten sich an der Abstimmung selbstverständlich nicht beteiligen, da ihre Verbände eine Streikabschlusssitzung gar nicht vorgenommen haben. Es wurde schließlich einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„In der Art der Verteilung der erhöhten Teuerungszuschläge nach Ortsstellen ist das soziale Moment ungenügend berücksichtigt. Dadurch würden gerade die Gehaltsgruppen ohne wirkungsvolle Hilfe bleiben, die ihrer am dringendsten bedürfen. Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft weist bei dieser Gelegenheit vor allem darauf hin, daß es der deutschen Eisenbahnbeamenschaft nicht darauf ankommt, durch maßlose Geldforderungen die wirtschaftliche Lage des Landes noch weiter zu verschlechtern. Wir protestieren gegen die bis in die allerletzte Zeit fortgesetzten Versuche von Reichstellen, durch tendenziöse Darstellung der von den Eisenbahnerorganisationen vertretenen Ansprüche die öffentliche Meinung gegen die Beamten einzunehmen. Wenn das Finanzministerium meint, daß die Beschaffung weiterer Mittel durch direkte Besteuerung unmöglich sei, so deuten wir demgegenüber darauf hin, daß bisher keine ausreichenden Maßnahmen getroffen sind, die nach den bestehenden Steuergesetzen pflichtigen Steuerbeiträge restlos einzuziehen, und daß die ungeheuren Gewinne nicht arbeitender Kreise, die Riesendividenden der Industrie sowie die im Börsenspiel täglich umgewandelten Anleihen bisher noch in keiner wirksamen Weise steuerlich erfasst sind. Deshalb muß die Methode des Reichsfinanzministers, durch Herausstellung von Milliardenfragen den Kampf der Beamenschaft um gerechte Bewertung ihrer Arbeitsleistung in ein falsches Licht zu rücken, auf das schärfste verurteilt werden.“

Es müsse zunächst versucht werden, im Rahmen der bisherigen Einheitsfront der Eisenbahnerorganisationen auf friedlichem Wege ein befriedigendes Ergebnis zu erzielen. Die Delegierten als Vertreter der verantwortlichen Organe der Reichsgewerkschaft verpflichten sich, etwa beabsichtigten Teileraktionen mit aller Energie entgegenzutreten. Sollte es trotzdem zu irgendwelchen Teileraktionen kommen, so ist die Verantwortung hierfür abzulehnen.

Streikverbot im besetzten Gebiet

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Mannheim: „Die Unterkommission Ludwigshafen der Interalliierten Kommission hat unter Ablehnung jeglichen Schiedspruchs ein Streikverbot für die Eisenbahner des besetzten Gebiets erlassen.“

Man sieht, daß die Feindschaft der besetzten Klassen und ihrer Organe gegen die Arbeiterschaft sich in allen von ihnen beherrschten Ländern gleichbleibt!

Rücktritt der mecklenburgischen Regierung

Das mecklenburgische Staatsministerium, das unter Führung des Volksparteilers Prof. Reinde-Wisch steht, erklärte am Mittwoch im Landtage nach 5 1/2 monatiger Amtsdauer seinen Rücktritt. Den Anlaß dazu gab ein Mißtrauensvotum der Linksmehrheit wegen der Erklärungen des Justizministers zu einer rechtskonservativen Interpellation über die Freipraxis von drei früheren Zeitfreiwilligen durch das Schwurgericht, die der Beihilfe zum Mord am Gutbesitzer Nahms während der Märzunruhen angeklagt waren. Die Regierung erklärte sich mit dem Justizminister solidarisch. Der Ministerpräsident antwortete auf die Angriffe der Linken u. a., nur völlige Unkenntnis könne zu den Beschuldigungen gegen den Justizminister Anlaß gegeben haben. Zu dem Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission über die Organeverhältnisse erklärte der Ministerpräsident, daß das Ergebnis der Untersuchung der Regierung keinen Anlaß geben könne, die Organe zu verwerfen. Auch in diesem Punkte würde die Regierung einer oppositionellen Linksmehrheit begeben sein.

Das Ende der Landesversammlung

Der Keilstein-Ausschuß der Landesversammlung beschloß, am Donnerstag eine Doppelsitzung anzusetzen. Die erste Plenarsitzung soll bis um 6 Uhr anhalten. Nach einstündiger Pause soll dann um 7 Uhr eine Abend Sitzung folgen. Am Freitag will man unter allen Umständen Schluß machen. Die Frage, ob die Landesversammlung dann aufgelöst wird oder bis zum Zusammentritt des neuen Landtages als verlegt zu gelten hat, soll noch geklärt werden.

Gefährdung des Eisenbahnbetriebs?

Offiziell wird mitgeteilt: Seit dem Beginn der Ausführung des Spaa-Abkommens hat der Eisenbahnbetrieb nicht mehr eine dem täglichen Verbrauch entsprechende Kohlenmenge zugeführt werden können. Vor allem waren auch die für eine wirtschaftliche Lokomotivsteuerung notwendigen Kohlenflorien nicht in ausreichender Menge vorhanden, da gerade sie von der Entente verlangt werden. Die Kohlenvorräte der Reichseisenbahnen sind infolgedessen ständig und in letzter Zeit besonders stark zurückgegangen; zur Zeit sind fast überall nur noch Vorräte für weniger als zehn Tage vorhanden. Damit nähert sich die Lage dem Gefährdungspunkt, daß der Betrieb aus Mangel an

Dienstlohlen nicht mehr in vollem Umfange durchgeführt werden kann. Die Möglichkeit, daß der Personenverkehr eingeschränkt werden muß, um den notwendigen Güterverkehr sicherzustellen, ist nicht ausgeschlossen.

Wiederauferstehung der Kriegsakademie

Seit Kriegsausbruch befindet sich in dem Gebäude der früheren Kriegsakademie, Dorotheenstr. 48, das Zentralnachweiskommando für Kriegergräber und Kriegerverluste. Durch die großen Verluste, die der Weltkrieg mit sich brachte, bekam dieses Zentralnachweiskommando eine außerordentliche Bedeutung, weil es die Aufgabe hatte, alle die Unterlagen zu beschaffen, die für die amtliche Beurteilung des Todes und der daran anschließenden Versorgung der Hinterbliebenen notwendig waren. In demselben Gebäude war aber gleichzeitig die frühere Heeresbibliothek der Kriegsakademie untergebracht. Sie brauchte anfangs nur wenige Räume. Besonders stark interessierte Kreise sorgten dafür, daß die Heeresbibliothek wieder allmählich größer wurde, und man sah von Tag zu Tag dort den Stab der Beamten an Zahl zunehmen. Die Heeresbibliothek hatte bald Raumangel und man verlangte, daß das Zentralnachweiskommando aus dem Gebäude herauskomme. Das Reichswehrministerium fand bei dem Reichsfinanzministerium und bei dem Herrn Staatskommissar zur Vereinfachung der Staatsverwaltung, Herrn Dr. Raaf, willige Ohren. Es wurde beschlossen, daß das Zentralnachweiskommando in einer alten Kaserne bei Spandau untergebracht werden soll.

Neben den ungeheuren Kosten für den Umzug stehen aber weit höhere Bedenken einer Verlegung des Zentralnachweiskommandos entgegen. Im letzten Jahre wurde das Amt von circa 30 000 Personen, die zum weitaus größten Teil außerhalb Berlins wohnten, aufgesucht. Diese vielen Menschen müssen in Zukunft nach Spandau fahren und die durch Verbräuchung und höheres Jahrgeld entstehenden Kosten selbst tragen. Durch den Umzug kommen die Arbeiten des Amtes monatlang zum Stillstand. Trotz alledem betrachtet das Reichswehrministerium die Anwesenheit der Heeresbibliothek in Berlin notwendiger, als das weitere Verbleiben des Zentralnachweiskommandos in einer zentralen Lage in Berlin. Auf Grund dieser Bedenken hielt es der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen für erforderlich, in Gemeinschaft mit den kaufmännischen Angestelltenorganisationen, dem Herrn Staatskommissar zur Vereinfachung der Staatsverwaltung, wie auch das Reichsfinanzministerium die einer Verlegung entgegenstehenden Bedenken vorzutragen und wurde eine Vereinbarung getroffen, die dahin ging, daß der Reichsbund noch einmal die bereits schriftlich und mündlich erhobenen Bedenken in einer Eingabe an das Reichswehrministerium zusammenfassen soll und anschließend daran mit den Vertretern der Organisationen eine Besprechung mit den Referenten der einzelnen Ministerien stattfinden zu lassen.

Sie fand aber ohne die Vertreter der Organisationen statt. Das Ergebnis war voraussehbar; denn die Referenten einigten sich, daran festzuhalten, daß das Zentralnachweiskommando nach Spandau kommt. Gegen eine solche Behandlung der Organisationen wider Treue und Glauben muß mit aller Entschiedenheit Protest erhoben werden. Alle beteiligten Kreise müßten es sonderbar an, warum in letzter Stunde die Gründe, die für eine Verlegung des Amtes nach Spandau sprachen, unter Ausschluß der Öffentlichkeit erörtert werden müssen. Dies findet sehr bald eine Erklärung, wenn man sich neuerdings das Aussehen der Heeresbibliothek, wie auch den Personenkreis, der in der Heeresbibliothek beschäftigt wird, näher betrachtet. Das Reichswehrministerium wie auch seine Vertreter und ganz besonders der zur Leitung der Heeresbibliothek bestimmte Herr Oberstleutnant haben ein großes Interesse an einer möglichst weitgehenden Ausdehnung dieser Heeresbibliothek, ohne Rücksicht darauf, daß Tausende von Kriegerhinterbliebenen und Waisen wieder monatlang auf die ihnen zustehende Versorgung warten müssen.

Es dürfte Aufgabe des Reichstags sein, sich diese neuen Erörterungen des Reichswehrministeriums ganz genau zu betrachten.

Nur zur Revision!

Der Preussische Minister Severing hat seinen Dergesch-Erlaß zurückgezogen. Diese Maßnahme berührt besonders nach dem sehr einseitigen Gutachten des Justizministers über die Dergesch äußerst eigenartig. Auf eine Anfrage, die ein Pressevertreter an den Vertreter des Preussischen Ministeriums des Innern richtete, gab dieser die Auskunft, daß es sich bei der Zurückziehung des Erlasses nur um eine vorläufige Maßnahme des Ministers Severing handle. Die Zurückziehung würde lediglich erfolgt, um eine Revision des Erlasses vom juristischen Standpunkt aus vorzunehmen, danach würde das Verbot wieder in Kraft treten. Wir sehen dem weiteren Verlauf dieser äußerst seltsamen Angelegenheit mit größtem Interesse entgegen. Abgeschlossen heute kann gesagt werden, daß die Zurückziehung des Erlasses eine Kapitalisation vor der Dergesch ist.

Amerika und Europa

Die Gründe des Austritts aus dem Obersten Rat

Ueber die Gründe, die die Regierung der Vereinigten Staaten veranlaßt haben, sich ferner nicht mehr an den Sitzungen des Völkerbundes zu beteiligen, meldet Havas aus Washington: Obwohl die Beamten des Staatsdepartements sich weigerten, diese Frage zu erörtern, geben sie zu, daß die amerikanische Regierung auf der in der nächsten Woche stattfindenden Konferenz der Ministerpräsidenten nicht vertreten sein würde. Sie erkennt ferner an, daß der Völkerbundesrat es den Vereinigten Staaten gestattet habe, nach dem Kriege Fühlung mit der europäischen Lage zu haben. Sie müßte aber zugeben, daß die weitere Vertretung Amerikas im Völkerbundesrat als eine Anomalie angesehen wäre, im Hinblick darauf, daß der amerikanische Senat den Friedensvertrag nicht ratifiziert habe.

Paris, 12. Januar.

Ueber den Beschluß der amerikanischen Regierung, an den Sitzungen des Völkerbundes nicht mehr teilzunehmen, an dem gestern der amerikanische Völkerbundesrat Wallace den Vertretern der Presse die Erklärung ab, die Vereinigten Staaten hätten nur an dem Völkerbundesrat teilgenommen, um über Fragen zu verhandeln, die sich auf den Waffenstillstand beziehen, und um sich auf dem Laufenden zu halten über Entscheidungen, die die Ausführung der Friedensverträge betreffen. Da die meisten Fragen, die den Waffenstillstand betreffen, geregelt seien, und da andererseits die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag nicht ratifiziert hätten, könne ein weiteres Verbleiben Amerikas in der Völkerbundesratkonferenz nicht angebracht. Keine weitere Spezialabmachung habe den Konflikt hervorgerufen. Der Völkerbundesrat fügte noch hinzu, die Entscheidung könne nicht fallengelassen werden, denn Amerika könne den Geist nur verurteilen, aber die Verträge als Papierfetzen betrachten.

Arbeiterbewegung und U.S.P.D.

Antwort an die Kommunisten

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie beschloß in seiner letzten Sitzung nach kurzer Beratung an die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei das folgende Schreiben zu senden:

An die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands.

Wir erklären in Ihrer durch die Presse veröffentlichten und uns nachträglich am 10. Januar 1921 auch brieflich gestellten Aufforderung, die von Ihnen bereits formulierten Forderungen gleichfalls zu vertreten, nur den Versuch, aus der Isolierung, in die Sie Ihre Taktik gebracht hat, herauszukommen.

In dieser Annahme wurden wir bestärkt durch Ihr Verhalten bei allen bisher gemeinsam unternommenen Aktionen, die Sie nach stets benutzten, um in entscheidenden Augenblicken Ihren Verbündeten in den Rücken zu fallen und sie als Arbeiterführer, Konterrevolutionäre, Agenten der Bourgeoisie usw. zu beschimpfen. Ebenso kann die Aufforderung an sozialistische Organisationen: Allgemeine Arbeiterunion, Freie Arbeiterunion, A. F. D., deren ausgesprochener Zweck die Zertrümmerung der politischen Parteien und Gewerkschaften ist, nur beabsichtigen, die Unterstützung der großen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter unmöglich zu machen, um dann diese unvermeidliche Ablehnung für Ihre engen Sonderinteressen auszunutzen.

Auch jetzt haben Sie, ohne unsere Antwort abzuwarten, bereits Ihre Ortsgruppen zum Kampf gegen unsere Partei aufgerufen.

Deswegen erübrigt sich in diesem Zusammenhang ein Eingehen auf Ihre Forderungen, die, soweit sie sachlich berechtigt sind und der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation entsprechen, bereits von der U. S. P. D. in ihrem Manifest von Halle formuliert wurden.

Die U. S. P. D. hat sich immer wieder bemüht und wird nicht davon ablassen für diese Forderungen, insbesondere auch für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues, eine geschlossene Arbeiterfront herzustellen. In diesem Bestreben wurden wir gerade von Ihrer Partei verleumdet und bekämpft.

Ihre Aufforderung schließt das Eingeständnis in sich, daß Sie nunmehr endlich auch erkannt haben, daß der Kampf um brennende Tages- und Teilforderungen kein Verrat an der Revolution ist.

Für das Zentralkomitee der U. S. P. D. Crispian.

Die U. S. P. D. hat schon in ihrem Manifest an das deutsche Proletariat, beschlossen am 15. Oktober 1920 auf dem Parteitag in Halle, ausgesprochen, daß sie es ablehnt, die Arbeiterfront mit täglich wechselnden Parolen in neue Putschhe hineinzuwickeln und durch Täuschung über die wirklichen Machtverhältnisse unerfüllbare Illusionen zu wecken. Das Proletariat muß in Deutschland einen harten und schweren Kampf führen gegen einen gut gerüsteten, gut organisierten starken Gegner, der ihm einig und geschlossen entgegentritt.

In diesem Kampf kann die deutsche Arbeiterklasse den Sieg nur in einem zähen Ringen erobern, wenn sie selbst einig ist.

Gewinnt kann das Proletariat nur werden im revolutionären Kampf um Ziele, die aus seiner Klassenlage, aus seinem Klassenbewußtsein sich mit Notwendigkeit ergeben. Deshalb muß das Proletariat in den Kampf um konkrete Ziele, die ihm reale Machtveränderung bringen, geführt werden.

Nur in diesen Kämpfen, die mit zunehmender Energie, zunehmender Geschlossenheit und Einigkeit geführt werden müssen, werden die Massen zum Entscheidungskampf um die Eroberung der politischen Macht gesammelt werden. Im Vordergrund dieser Kämpfe muß stets die Verwirklichung des Sozialismus stehen.

Darum fordern wir in der gegenwärtigen Situation erneut proletarische Massenaktionen zur sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung in den entscheidenden Wirtschaftszweigen, insbesondere den Kampf um die sofortige Sozialisierung im Bergbau.

Wir fordern angesichts der schweren ökonomischen Krise die Arbeiter und Angestellten auf zum Kampf um die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte zur Erringung der Produktionskontrolle.

Eine der wichtigsten Aufgaben ist gegenwärtig der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Da die Arbeitslosigkeit die untrennbare Begleiterscheinung des kapitalistischen Wirtschaftens ist, so ist die Verwirklichung des Sozialismus die wirksamste Hilfe für die Arbeitslosen.

Wir fordern das Verbot der Stilllegung der Betriebe, ihre Fortführung zur Herstellung von Verbrauchsgüterständen des Massenkonsums.

Wir fordern ausreichende Arbeitsgelegenheit für die Arbeitslosen und durchgreifende Erhöhung der Unterstützung unter Zugrundelegung eines Existenzminimums, das unter Mitwirkung der Gewerkschaften und Betriebsräte jeweils dem jeweiligen Stand der Preise für Lebensmittel anzupassen ist. Dieses Existenzminimum ist auch den Kurzarbeitern zu garantieren.

Wir fordern Verkürzung der Arbeitszeit bei drohender Arbeitslosigkeit, wenn es tatsächlich nicht möglich ist, ausreichende Arbeitsgelegenheit zu beschaffen.

Wir fordern für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten Löhne und Gehälter, denen ein gesetzlich garantiertes Existenzminimum zugrunde liegt, mit entsprechenden Anpassungen an die jeweiligen Preise für Lebensmittel.

Wir fordern ausreichende soziale Fürsorge, insbesondere für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Arbeitsinvaliden und Altersrentner!

Wir fordern in allen Fragen völlige Gleichstellung der Frau mit dem Manne.

Unsere Vertreter in den Gemeinden müssen eine energische Kommunalisierungspolitik betreiben, insbesondere eine sozialistische Wohnungspolitik, unterstützt durch eine Sozialisierung des Baugewerbes und der Bauhilfsindustrien und Posten.

Gleichzeitig ist der Kampf gegen die politische und militaristische Reaktion zu führen, wie gegen die immer schamloser auftretende Klassenjustiz.

Durch Aufnahme von Handelsbeziehungen, insbesondere auch mit Sowjet-Rußland, ist Deutschlands Eingliederung in die Weltwirtschaft wieder herbeizuführen und in Verbindung mit innenpolitischen und innenwirtschaftlichen Maßnahmen die Volksernährung zu verbessern und sicherzustellen.

Die U. S. P. D. ist sich bewußt, daß die Erfüllung aller dieser Forderungen des Proletariats eine Machtforderung ist, die ebensowenig durch parlamentarische Maßnahmen, wie von einer zerplitterten, verwirrten und sich selbst bekämpfenden Arbeiterschaft gelöst werden kann.

Die U. S. P. D. ist sich vollkommen klar darüber, daß der Kampf um diese Forderungen verbunden sein muß mit einem planmäßig organisierten geschlossenen Ringen um die politische Macht.

Die U. S. P. D. hat seit Halle im Sinne dieser Forderungen gewirkt und sich bemüht, die Arbeiter für den Kampf um diese Forderungen in eine geschlossene Front zu bringen. Diese Bemühungen wird die U. S. P. D. unermüdet fortsetzen in der festen Überzeugung, daß sich auch die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die unserer Partei noch nicht angeschlossen, der zwingenden Macht der harten Tatsachen nicht dauernd entziehen können.

Es ist nicht die Schuld der U. S. P. D., wenn die anderen politischen und die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen sich bisher noch nicht aktiver im Sinne der angeführten Forderungen betätigt haben.

Die Rechtssozialisten stehen immer noch im Bann der Kompromißpolitik und der Arbeitergemeinschaft und versuchen sich um den klaren Klassenkampf herumzudrücken.

Die Kommunisten wiederum sind unfähig, gegebene Situationen zu erfassen und entsprechende Maßnahmen zu treffen. Sie betreiben eine illusionäre Politik und eine sinnlose Putschtaktik, durch die sie die Arbeiter verwirren, den proletarischen Klassenkampf schwächen und den Sozialismus diskreditieren. Nur in klaren Augenblicken kommt den Kommunisten das Unsinvolle ihrer Betätigung zum Bewußtsein. Dann machen sie Forderungen der U. S. P. D. zu den ihrigen, unbeschadet der Tatsache, daß die Kommunisten das Eintreten für diese Forderungen gestern noch als Arbeiterverrat bezeichneten. Leider fallen die Kommunisten immer wieder nur zu rasch in ihre üblichen Gewohnheiten zurück. Alle mit den Kommunisten bisher eingegangenen Bündnisse haben sie vernichtet, indem sie mitten in gemeinsam vereinbarten und begonnenen Aktionen plötzlich mit willkürlichen erkünstelten Sonderparolen aus der Reihe tanzten und ihre Bundesgenossen als Verräter beschimpften.

Während des Rapp-Putsches beteiligten sich Vertreter der Kommunistischen Partei mit Vertretern aller sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen an Verhandlungen mit der Regierung, um einen Abschluß der Kämpfe unter möglicher Beschränkung weiterer Opfer zu erreichen. Mit Einschluß der Kommunisten bestand Einmütigkeit bei den Arbeiterorganisationen darüber, daß die Aktionen der Arbeiter gegen die Rappisten nicht bis zur Errichtung der Räterepublik getrieben werden konnten. Das alles hat die Kommunisten nicht davon abgehalten, die mit ihnen verbündeten gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen des Verrats an der Revolution zu beschuldigen, weil sie verhandelt und nicht die Räterepublik ausgerufen hätten.

Als die sozialistischen und die gewerkschaftlichen Organisationen mit den Kommunisten zum Schutze von Sowjetrußland gegen die Waffentransporte für Polen eintraten, unterzeichneten die Kommunisten zwar einen entsprechenden Aufruf, sie brachen dann aber wiederum die Gemeinschaft. Die Kommunisten forderten aus Eigenbräuelerei die unbedingte, verzögerte Wahl politischer Arbeiterräte, propagierten zugleich Krieg gegen Frankreich und beschimpften ihre bisherigen Bundesgenossen als Konterrevolutionäre und als Agenten der Bourgeoisie.

Im Reichstag haben die Kommunisten eine Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Fraktionen für allgemeine grundsätzliche Arbeiterfragen unmöglich gemacht. Die sozialistischen Reichstagsfraktionen hatten sich mit den Kommunisten über ein gemeinsames Vorgehen im Reichstag für die Forderung der Aufnahme wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen zu Sowjetrußland verständigt. Die U. S. P. D. schlug vor, gemeinsam eine entsprechende Interpellation im Reichstag einzubringen. Die Kommunisten konnten sich nicht entschließen, dem Vorschlag der U. S. P. D. zuzustimmen. Sie hielten ihn nicht für zweckmäßig und wollten sich die Geschichte erst noch überlegen. Eines Tages kamen dann plötzlich die Kommunisten mit einer eigenen, hinter dem Rücken ihrer Bundesgenossen verfaßten Interpellation und mit der Forderung, daß die U. S. P. D. ihnen sozial Unterschriften zur Verfügung stellen solle, als für das Einbringen einer kommunistischen Interpellation nötig seien. Damit war ein Zusammenarbeiten der sozialistischen Fraktionen im Reichstag von den Kommunisten vereitelt und der U. S. P. D. blieb nichts anderes übrig, als nunmehr ihre ursprüngliche Absicht selbst auszuführen.

In der Groß-Berliner Gemeindevertretung haben die Kommunisten ebenfalls das Zustandekommen einer Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Fraktionen abgelehnt. Hier verwickelten sie mit Rabau und Stinkbomben die Macht der sozialistischen Mehrheit, das Ansehen der Arbeiterorganisationen und die Anziehungskraft der sozialistischen Ideen. Die Kommunisten betätigten sich als Wegbereiter kommender Niederlagen, die abzuwenden, die Arbeiter alle Kräfte aufzubieten müssen.

Die Kundgebung der U. S. P. D. im Berliner Lustgarten gegen die ungarischen Ränderbanden versuchten die Kommunisten ebenso für ihre engen Parteiinteressen zu mißbrauchen, wie die Demonstration der Eisenbahner zur Unterstützung ihres Kampfes um die Verbesserung ihrer Lebenshaltung.

In Mienburg haben die Kommunisten aus einer von allen Arbeiterorganisationen veranstalteten wichtigen Demonstration gegen einen rußlosen Arbeitermord eine verlorene Schlacht für die Arbeiter gemacht, in der ganz nutzlos Arbeiterleben geopfert worden sind.

Es spricht nur für den gesunden Sinn der Arbeiter, wenn sie sich von den Kommunisten abwenden, die ihren Anhängern Wundern und Zaubererfolge versprochen haben, die nie Wirklichkeit werden können. Trotz des nach Lenin'schem Rezept mit „allen Mitteln der List, der Schlaueit, der illegalen Methoden und dem Verschweigen der Wahrheit“ erzielten vorübergehenden Zuwachses müssen auch die Kommunisten einsehen, daß sie sich immer mehr von der Arbeitermasse isolieren und daß sie im Grunde nichts sind, als eine Sekte wider Wirtöpfe.

Ihre offenen Briefe an die politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen mit anderen Parteien annehmlichen oder kommunistisch-syndikalistisch umgebogenen Forderungen sind nichts als neue Manöver, um die Arbeiter über den wahren Charakter der Kommunistischen Partei zu täuschen und gegen andere Arbeiterorganisationen zu hetzen.

Die Kommunisten haben dem deutschen Proletariat mehr als genug Niederlagen zugefügt und die Revolution durch mehr als genug verlorene Schlachten geschädigt. Es ist längst genug des grausamen Spiels!

Das Proletariat wird nicht vertreten und geführt von den reformistischen Rechtssozialisten, die das Schlachtfeld des Klassenkampfes verlassen haben. Es wird auch nicht vertreten und geführt von den putschistischen Kommunisten, die das Proletariat von dem notwendigen Ringen gegen die kapitalistischen Verlesendungen abhalten und es damit schwächen und schließlich überhaupt kampfunfähig machen.

Die U. S. P. D. ruft die Arbeiter auf gegen den Opportunismus rechts und gegen den Putschismus links zur Führung einer energischen Politik, die den Kampf um konkrete Ziele der Arbeiterklasse steigert bis zur Entscheidung um den Besitz der politischen Macht.

Gewaltpolitik der Rechten

Unabensold für entlassene Minister — Schutzpolizei — Hebammengesetz

Die Rechtsparteien in der preussischen Landesversammlung wissen, was sie wollen, und sie verfolgen ihre Pläne mit einer Konsequenz, die man besonders den Rechtssozialisten wünschen möchte.

Zum Schluß der Dienstags-Sitzung hatte es eine heftige Geschäftsordnungsdebatte darüber gegeben, ob das Hebammengesetz zur Verhandlung kommen solle oder nicht. Die Rechte und das Zentrum beantragten Verlegung dieser Frage, was bedeutete, daß das Hebammengesetz von der Tagesordnung der preussischen Landesversammlung überhaupt verworfen wäre. Die Linke setzte sich heftig zur Wehr. Genosse Ludwig hielt dabei der Rechte und dem Zentrum ihre ganze parlamentarische Heuchelei vor, das trug ihm einen Ordnungsruf ein. Schließlich wurde aber doch dem Zentrum — wohl wegen der vielen Hebammen auf der Tribüne — bange. Ein Teil des Zentrums stimmte für Behandlung des Hebammengesetzes und so konnte endlich in die Beratung eingetreten werden.

Am Dienstag hatte nur Frau Egg von den Rechtssozialisten zu dem Entwurf gesprochen. In der Sitzung vom Mittwoch, zu der die Hebammen wieder sehr zahlreiche Tribünenbesucher stellten, wurde die Beratung des Gesetzes fortgesetzt. Von unserer Fraktion sprach Genosse Dr. Wenk. Er erklärte die Bereitwilligkeit unserer Fraktion, dieses Gesetz trotz seiner vielen Mängel anzunehmen. Wir betrachten es

als eine Maßnahmszahlung.

die hunderttausenden von Müttern und Kindern zugute komme, und tausenden Hebammen wenigstens teilweise ihr Recht gebe. Genosse Wenk übte scharfe Kritik an dem Verhalten der Rechten, die dieses Gesetz verhindern wollten. Die Gerechtigkeit des Zentrums zur Mitarbeit sei nur auf die Anwesenheit der vielen Hebammen auf der Tribüne zurückzuführen. Die Anwesenheit so vieler weißen Frauen verpflachte zur Haltung von weißen Reden. Aber die Rechte habe nur ein Widerstreben gegen alles, was den unteren Volksschichten zugute komme.

Ein Regierungsvertreter behauptete, daß das Gesetz in den Hebammenkreisen großen Widerstand fände. In seinen weiteren Ausführungen polemisierte der Redner gegen die Mitglieder des Hauses, was von der Linken entschieden zurückgewiesen wurde.

Bei der Abstimmung über § 1 des Gesetzes erhob sich die ganze Linke und das Zentrum, so daß das Zustandekommen des Gesetzes mit großer Mehrheit gesichert erscheint.

Vor dem Hebammengesetz waren eine Reihe anderer Vorlagen erledigt worden. Zu Beginn der Sitzung war die Wiederholung der namentlichen Abstimmung vorgelesen, wegen der am Dienstag die Sitzung aufgeschoben war. Die Rechte und das Zentrum wiederholten ihr Mandat der Stimmenthaltung, so daß die Sitzung wieder beschlußfähig wurde. Die Herrschaften wollen

keine Selbstbewirtschaftung der Domänen,

das reicht ihnen zu sehr nach Sozialisierung! Sie wollen den Privatbesitzern nicht die Verfügung über die Lebensmittel entziehen, denn damit wird großer Profit gemacht, und sie wenden alle zur Verfügung stehenden Mittel an, die privatkapitalistischen Interessen wahrzunehmen.

Nach Wiederöffnung der Sitzung kam u. a. ein Antrag der Rechtssozialisten zur Verhandlung, der einen Unabensold für aus ihren Kremlen scheidende Parteien diesen Antrag unterzeichnet. Für uns war der Antrag unannehmbar, wie Genosse Ludwig für die Fraktion in wenigen Sätzen erklärte. Wir haben keine Verantwortung, bei der ungeheuren Geldnot große Beträge für auscheidende Minister zu bewilligen, die doch als Vertrauensleute ihrer Partei von dieser wieder untergebracht werden. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der U. S. P. D. und der A. F. D. einem Ausschuss überwiesen.

Ein weiterer Punkt von Bedeutung war der Gesetzentwurf betr. die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Staatshaushalt 1920. Unter diesem Titel verbirgt sich die Rechnung

für die staatliche Schutzpolizei,

die dem preussischen Volke 1 Milliarde und 17 Millionen Mark kosten soll. Genosse Ludwig als Redner unserer Partei legte mit aller Deutlichkeit unseren absehbenden Standpunkt dar. Er wies mit genügendem Material nach, daß es sich hier in erster Linie um Schaffung einer Schutztruppe des Kapitalismus handele, deren Führung in den Händen ehemaliger Offiziere gelegt werde, die damit zugleich eine Versorgung erhalten. Wie viele ehemalige Militärs in diese Infanterie unterzuziehen sollen, beweisete die Tatsache, daß auf 24 Mann ein Vorgesetzter kommt. Aber auch die Untergebenen sind noch recht erheblich geschieden, wie die Gehaltsliste ausweist. Welche enge Verbindung diese Schutztruppe mit der Reichswehr habe, geht auch aus den Bestimmungen hervor, daß die von der Reichswehr überlebenden noch die Kampfschlacht für die Wirtäge erhalten sollen, pro Tag 7 M. Also dafür, daß diese Elemente die republikanische Regierung zum Teufel gejagt und

hundreds von Arbeitern im Ruhrgebiet niedergemetzelt

haben, sollen sie jetzt 7 M. pro Tag Zulage bekommen. Aus der Begründung des Gesetzentwurfes geht weiter deutlich hervor, daß man mit der Schaffung dieser Schutztruppe ein Instrument für den Kampfschlacht gegen die eigenen Volksgenossen schaffen wolle. Die Republik zu schlagen, würde wirksamer erreicht durch Maßnahmen, wie sie bei den Märzereignissen von unserer Seite vorgeschlagen wurden: Bewaffnung der republikanischen Arbeiter. Dann hätte man alle wünschenswerten Garantien gegen alle Gefahren, die die Republik bedrohen könnten. Die Schutztruppe, diese zweite Reichswehr, die bewaffnete Macht des Kapitalismus, ist nicht notwendig, sie ist schädlich und deshalb verwerfen wir sie.

Auch dieser Gesetzentwurf wurde gegen die Stimmen der U. S. P. und A. F. D. dem Ausschuss zur Beratung überwiesen.

Ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen werden folgende Gesetze: Gesetz über Beihilfen zu den Kriegsmobilfahrtsausgaben der Gemeinden, Gesetz über die Bereitstellung weiterer Mittel für die Regelung der Hochwasserhältnisse an der Oder, Gesetz über die staatliche Förderung Königsberger Hafenanlagen, Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplanes für 1920 und über die Deckung von Ausgaben im Haushalt für die Rechnungsjahre 1914 bis 1918, Gesetz über die Bezirksvereine. Abgelehnt wird gegen die Stimmen der Rechten das Gesetz über die Besteuerung des Gewerbebetriebs im Umherziehen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 11 Uhr. Wiederholte namentliche Abstimmung über das Domänen-Selbstbewirtschaftungsgesetz, Haushalt, Kleine Vorlagen.

Inventur-Ausverkauf

und andere außergewöhnliche Gelegenheitsangebote

Satin blau oder schwarz mit weißen Tupfen.....Meter **19⁵⁰**

Plaid-Karos doppelbreit.....Meter **23⁵⁰**

Cheviot doppelbreit.....Meter **24⁹⁰**

Popeline mit kunstbeideten Streifen Meter **29⁵⁰**

Frotte schwarz-weiß gestreift..... Meter **39⁵⁰**

Eolienne viele Farben, ca. 100 cm breit Meter **59⁵⁰**

Ein Posten Herren-Stehkragen Klappchen Form, garantiert 4 fach, mit kleinen Unebenheiten..... **2⁹⁵**

Wachstoffe fürlich gemustert..... Meter **12⁹⁰**

Rohnessel schwere Qualität, ca 80 cm breit Meter **11⁹⁰**

Renforce ca. 80 cm breit.....Meter **14⁸⁰**

Madapolam elegante weiche Qualität.....Meter **16⁷⁵**

Ein Posten Stehumlegekragen für Herren, moderne Form, mit kleinen Unebenheiten... **3⁹⁵**

Oberhemdenstoffe helle Streifen.....Meter **16⁸⁰**

Louisiana für Leib- oder Bettwäsche Meter **17⁵⁰**

Bett-Kretonne rosa gebümt.....Meter **16⁸⁰**

Taschentücher für Damen, weiß Batist mit D. - Buchstaben **2³⁵**

Hosenträger für Knaben, mit Lederverarbeitung **95^{,-}**

Herren-Hosenträger starkes Guriband, m. Gummierstreifen **7⁵⁰**

Gummi-Hosenträger starke Qualität, mit Lederverarbeitung **9⁵⁰**

Kostüm-Rock praktischer Stoff..... **28⁵⁰**

Kostüm-Rock schwarz-weiß kariert..... **39⁵⁰**

Kostüm-Rock aus Herrenstoffen..... **39⁵⁰**

Kaffee frisch gebrannt **11.- 12.-**

JANDORF

Beile-Alliance-Str. Gr. Frankfurter Str. Brunnenstrasse Kottbus- u. Damm Wilmersdorfer Str.

Unentbehrlich für jeden Haushalt ist **echter Hoost-Dreibohnenkaffee** Marke Hoost, halb und halb / Emha 20% Bohnenkaffee / Hoost-Cerealdekaffee M. Hoost, Berlin C 25, Franzauer Str. 48, Kottbus-Str. 11, Alexander 1470

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
Nach Damascus II. n. M. Teil

Neues Volkstheater
Sprenger Str. 46

7 1/2 Uhr: Penion Schöller

Staatstheater.
Opernhaus

6 Uhr: Die Gezeichneten

8 Uhr: Die Journalisten

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Romeo und Julia

8 Uhr: Kammerpiele

Großes Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Die Obersteiger

Trianon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:

Kammermusik
Carl Glöckner, Egon Burg, Olga Lindner, Hans Albers

7 1/2 Uhr: Kleine Preise: Händel und Orff

Heidberg-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:

Lady Windermere's Fächer
von Oscar Wilde

7 1/2 Uhr: Wenn Liebe erwacht...

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:

Schneider Wibel

13 Schiager

Theater i. d. Königgräzer Str.
Montag, den 17. Januar, 8 Uhr:
Zum **25. Male:**
Salome
Tragedie von Oscar Wilde.
Hauptdarsteller:
Maria Orska, Ludwig Hartau, Conrad Weidt, Rose Liechtenstein, Conrad Faerber, Ernst Dernburg.

Theater am Kolonnen Tor
Kottbus-Str. 6-7
Täglich 7 1/2 u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Elle-Sänger
Neues Programm
Verkauf: 11-12 u. 4-6

Residenz-Kasino
Blumenstr. 10
Tal. Gr. Ball
i. d. Silere Jugend
Der Tanzklub
Dienstags-Verlosung
Donnerstags-Verlosung
Anfang 6 Uhr

Brandsäte Mit-Berlin
Blumenstr. 10, Kino-Ging.
Gr. Ball für die modernsten Jugend
Dienstags-Verlosung
Mittwoch: Wolar
Donnerstag: Verlosung
Anfang 7 Uhr

Wer die Wahrheit über Rußland erfahren will
lese das Buch von
Professor Dr. Carl Ballod:
Cowjet-Rußland
Preis 5.- Mark / Gebunden 7.- Mark
Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C 2, Breite Str. 8-9
sowie in allen „Freiheit“-Expeditionen

Zum Todestag
Karl Liebknechts
und
Rosa Luxemburgs
(15. Januar 1919)

DER MORD
an
Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
Mit Porträts der Ermordeten und Bildern der Angeklagten / 115 Seiten / Preis 6.- Mark

Karl Liebknechts letzte Tage
Preis 40 Pfennig

Postkarten mit Porträts
Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs
4 30 Pfennig

Wiederverkäufern hoher Rabatt!

Buchhandlung „FREIHEIT“
Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Gewerkschaftsstelle Berlin.

Todesanzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:
Der Mechaniker
Wilhelm Zippel
Niederbarnhagen, Waldowstraße 21, am 9. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Jan., nachm. 2 Uhr, von der Friedenhalle des Gemeindekirchenhofes in Niederbarnhagen, Buchholzer Straße, aus statt.
Der Vorstand

Richard Lütz
Kreuzbergstraße 42b, am 10. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Jan., nachm. 2 Uhr, von der Friedenhalle des Gemeindekirchenhofes in Schöneberg, Tempelhof Weg, aus statt.
Kege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder verstorben sind:
Der Schlosser
Otto Blaeske
Charlottenburg, Götterstraße 14b, am 6. d. Mts.
Der Schlosser
Franz Wallrafen
Charlottenburg, Vossstraße 3, am 7. d. Mts.
Der Eisenarbeiter
Leo Nossoll
Reinholdstraße, Thuner Straße 30, am 9. d. Mts.
Ehre ihrem Andenken!
Der Ortsvorstand.

Zeitschriftener
und gute Photographie mit Zeissoptik werden häufig zu kaufen gesucht
Photograph Friedrichmann,
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135
(Kottbus 9289).

Gänsefedern
billigste, auch ungerissen, aus erster Hand.
Paul Pangelow
Wriezener 15 Oderstr.

USPD-Sterbtafel
3. Distr. 2. Abt. 102. Bez.
Am Montag hat unter langjähriger Mitgliedschaft
Heinrich Janssen
Kreuzstraße 4.
Beerdigung Donnerstag 12 1/2 Uhr Reinholdstr. Gemeindefriedhof, Mariendorfer Weg.
Kege Beteiligung erwünscht
Der Vorstand.

Briefmarken :: Münzen
kauft Großmann, Johannisstr. 1
Zugang v. d. Friedrichstr. (Rr. 108) Norden 100 21

Botenfrauen
sodort gesucht
Freiheit-Ausgabestelle
Marie Döring, Steinmehstr. 23.

Die gute MASSARY Zigarette urteilen Sie selbst!

MASSARY

BERLINS POPULÄRSTE ZIGARETTENMARKE!

Annahme der Wohnungsluxussteuer

Mit 9 gegen 7 Stimmen im Steuerausschuß

Der Steuerausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat gestern (Mittwoch) unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Brauns die Wohnungsluxussteuer nach der in vier Sitzungen durchgeführten ersten und zweiten Lesung zugestimmt. Mit den 9 Stimmen der sozialistischen Mehrheit gegen die 7 Stimmen der bürgerlichen Fraktionen wurde die Vorlage mit den im Ausschuß beschlossenen Änderungen, die teils Minderungen, teils Verschärfungen bedeuten, zur Annahme empfohlen. Die demokratische Fraktion, die bei Beginn der ersten Lesung sich mit Rücksicht auf den dringenden Finanzbedarf der Stadt für die Steuer ausgesprochen, stimmte infolge der Verschärfung des § 9 gegen die Vorlage.

In der vom Steuerausschuß gestern fortgeführten zweiten Lesung beantragte die Unabhängige Fraktion, dem § 2 die Bestimmung einzufügen, daß Wohnräume von mehr als 30 Quadratmeter bei der Berechnung der Steuer doppelt zählen. Als gegen diesen Antrag sehr erhebliche Bedenken geäußert wurden, da diese hohen Berliner Zimmer diese Größe überschreiten, erhöhte die Unabhängige Fraktion das Flächenmaß auf 40 Quadratmeter. Vom Magistratskommissar wurde betont, daß die Veranlagungskosten dann in keinem Einklange mit dem Mehrertrag stehen würden. Der Antrag wurde dann in folgender Form angenommen: Wohnräume von mehr als 60 Quadratmeter Bodenfläche gelten als zwei Wohnräume im Sinne der Steuerordnung.

Bei § 3, der von der Steuerpflicht der Haushaltungsvorstände handelt, entspann sich eine längere Aussprache über die von unabhängiger Seite gegebene Anregung, auch Klübräume zu besteuern. Von bürgerlicher Seite wurde demgegenüber darauf hingewiesen, daß dann auch die Räume in Gastwirtschaften und Gewerkschaftshäusern, soweit sie nicht gewerblichen Zwecken dienen, besteuert werden müßten. Der Vertreter der Unabhängigen Fraktion wies nach, daß das völlig irrig sei, da Gewerkschaftshäuser nur Bureau- oder Versammlungsräume enthalten, von denen die letzteren jedermann gegen Miete überlassen würden. Der Vertreter des Magistrats erklärte die Durchführung dieses Antrages für sehr schwierig, wenn nicht für unmöglich. Wohnräume, die Spielzwecken dienen, könnten auch auf diesem Wege nicht erfasst werden, der Antrag habe aber sonst auch große Bedenken. Er wurde infolge der Unmöglichkeit, sofort eine bedenkenfreie Formulierung zu finden, zurückgezogen und § 3 unverändert angenommen, ebenso die §§ 4, 5 und 6.

Besonders lebhaft umstritten war wiederum der § 9, der von den Rechten der Steuerpflichtigen handelt, sich durch Bereitstellung von Wohnräumen von der Steuer zu befreien. In erster Lesung war dies Recht erweitert worden. Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, den 2. Absatz des § 9 „Steuerpflichtige, die nachweisen können, daß ihre für den eigenen Normalbedarf nicht notwendigen Räume zur Benutzung für Zwecke anderer Mieter sämtlich oder teilweise nicht geeignet sind, sind insoweit von der Steuerzahlung befreit“ zu streichen. Von den Rednern aller bürgerlichen Fraktionen wurden hiergegen die heftigsten Bedenken geltend gemacht; insbesondere wurde von der Deutschen Volkspartei erklärt, daß die Streichung dieses Absatzes die Annahme der ganzen Vorlage unmöglich mache. Nachdem ein von anderer sozialdemokratischer Seite gestellter Vermittlungsantrag, dem Wohnungsamt die Entscheidung über die Vermietung derart zur Verfügung gestellter Räume zu übertragen, abgelehnt worden war, wurde der erwähnte Absatz mit 9 gegen 7 Stimmen gestrichen. Der erste Absatz des § 9 wurde mit der Ergänzung angenommen, daß der Steuerpflichtige das Recht hat, dem Magistrat Räume, die sich nach Lage oder Beschaffenheit zur getrennten Mietung für Zwecke anderer Mieter eignen, zur Verfügung zu stellen. Schließlich wurde ein in erster Lesung abgelehnter kommunistischer Antrag „Der Magistrat wird ersucht, bei der Reichsregierung auf Erweiterung des Rechts der Gemeinde zur Wohnungsbeschlagnahme, zur Zwangseinquartierung und Zwangsausquartierung hinzuwirken“ mit den sozialistischen Stimmen angenommen. Die dann folgende Gesamtstimmung

hatte das eingangs mitgeteilte Ergebnis. Zum Berichterstatter wurde Stadtverordneter Dr. Lohmann (Soz.) gewählt. Wir werden auf diese wichtige Angelegenheit noch zurückkommen.

Braun gegen Koch

Zusammenstoß im Hauptauschuß

Im Hauptauschuß des Reichstages kam es gestern zu einer Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Ministerpräsidenten Brauns und dem Reichsminister des Innern Koch. Der Innenminister hatte behauptet, daß Brauns nicht genügend für die Förderung des Siedlungswesens getan habe. Brauns erwiderte nunmehr darauf, daß trotz der großen finanziellen Schwierigkeiten die Siedlungstätigkeit sehr erfreulicherweise immer noch reger sei, als in früheren Zeiten. Aber den Vätern ist durch die neue Steuergesetzgebung ein Hauptteil der Steuerquellen entzogen worden. Die einschlägigen Finanzstellen haben meine immer wieder erneuten Gesuche um geldliche Unterstützung des Siedlungswesens abgelehnt. In einem zu meiner Kenntnis gelangten Briefe hat ein höherer Beamter des Reichsarbeitsministeriums erklärt, daß „man die ungeliebte Masse der preussischen Verwaltung durch Stöckelzüge in Kraft setzen müsse.“ Hiergegen muß ich mit aller Entschiedenheit protestieren.

Reichsminister Koch: Ich habe die Angelegenheit hier nicht zur Sprache gebracht, sondern nur auf einen Vorwurf des Abg. Dr. Rosenfeld geantwortet. Ich habe als Abgeordneter das Recht, in einer öffentlichen Volksversammlung meine Ansichten über die Siedlungsfrage zu äußern. Es war bisher nicht üblich, solche Volksversammlungen von Ministern hier in die Debatte zu ziehen. Zwischen dem marxistischen Standpunkte Brauns und meiner individualistischen Anschauung besteht ein Gegensatz, dem ich sehr wohl als Abgeordneter vor meinen Wählern Ausdruck geben darf. Wenn behauptet wird, die Reichswehr habe Gelände für Siedlungszwecke nicht abzugeben, und der Reichsfinanzminister verweigere Materialien, so erkläre ich demgegenüber, daß die Angelegenheit im jetzigen Reichskabinett von Brauns niemals zur Sprache gebracht worden ist. Die von Brauns so stark kritisierte Steuerreform

mit Zustimmung seiner Partei

zukunft gekommen. Abg. Wumm (Dnall.): Der preussische Landwirtschaftsminister sabotiert die Siedlungstätigkeit.

Abg. Dr. Rosenfeld (L. Soz.) vermischt das Eingehen des Reichsministers Koch auf den Brief aus dem Reichsarbeitsministerium. Der Vorgang sei bezeichnend für das Gegeneinanderarbeiten der preussischen und Reichsministerien.

Ministerpräsident Brauns: Es ist meine Pflicht, meine Beamten gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, daß sie das Siedlungswesen sabotierten. Auch das Gesetz über die Domänenverpachtung ist kein Beweis dafür, daß ich dem Siedlungswesen ablehnend gegenüberstehe. Die Methode, wie jetzt einzelne Reichsressorts unterirdisch gegen die preussische Regierung arbeiten, kann nicht dazu dienen, das Zusammenwirken der beiden Behördenapparate zu erleichtern.

Minister Koch: Hat Ministerpräsident Brauns den Brief aus dem Reichsarbeitsministerium auf seine Authentizität hin geprüft? Ich halte meine Auffassung aufrecht. Ich habe als Abgeordneter nur von meinem Rechte der freien Meinungsäußerung und sachlichen Kritik in einer Volksversammlung Gebrauch gemacht. Ich bin aber bereit, mit Brauns

einen Pakt abzuschließen.

der uns beide verpflichtet, Bepflegungen der gegenseitigen kritischen Reichs- und preussischen Fragen in Volksversammlungen vermeiden zu wollen. Ich glaube aber, daß Brauns dabei nicht gut abzuschließen wird.

Abg. Bauer (Soz.) bedauert, daß es hier zu dieser Debatte gekommen ist, wofür aber der Minister Koch verantwortlich zu machen sei. Koch hätte es gestern dem Abgeordneten Dr. Rosenfeld gegenüber ablehnen müssen, über seine Wählern im Lande hier in diesem Ausschusse Rechenschaft abzulegen. Der vom Reichsminister Koch konstruierte Gegensatz zwischen individualistischer und marxistischer Auffassung spielt in der Siedlungsfrage gar keine Rolle. Während meiner Reichstanzlerschaft habe ich Brauns immer als Förderer des Siedlungsgedankens gesehen.

Abg. Burslage (Z.): Ministerpräsident Brauns hätte dem Reichsarbeitsminister durch rechtzeitige Benachrichtigung Gelegenheit geben sollen, sich zu dem Briefe zu äußern.

Preussischer Ministerpräsident Brauns: Der Beamte, der den Brief geschrieben hat, wird zweifellos nicht vom Reichsarbeitsminister gebettelt.

In der weiteren Beratung bespricht Abg. Dr. Braun-Franken

Die Frage der Bücherausfuhr.

die vom Reichswirtschaftsministerium ganz einseitig behandelt werde, etwa so, wie die Ausfuhr künstlichen Düngers. Die Verbreitung unserer Literatur sei eine Frage unserer Propaganda und das wichtigste Gegengewicht gegen die Tendenzen des wissenschaftlichen Auslandes, uns die Gleichberechtigung zu verweigern. Das deutsche Buch werde für Studenten, Gelehrte und Bibliotheken im Auslande unerschwinglich. Deshalb werden an Stelle der deutschen Bücher an der Genfer Universität französische empfohlen.

Nach lebhafter Debatte wird der Beitrag für die deutsche Bucherei in Leipzig in Höhe von einer halben Million Mark bewilligt. Die Sitzung schließt mit einer Debatte über die Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht, wobei ein Vertreter der Deutschen Volkspartei die Teilnahme der Kinder der Willenserklärung der Eltern anheimgestellt wissen will.

Gemeinden- und Einkommensteuer

Erhöhung des Anteils der Gemeinden

Den P. P. N. wird von zuständiger Seite geschrieben:

Nach monatelangen langwierigen Verhandlungen des Hauptauschusses der Landesversammlung, die unter Zuziehung der kommunalen Spitzenorganisationen geführt worden sind, hat es sich bei dem Widerstreit der Interessen als unmöglich herausgestellt, ein preussisches Ausführungsgezet zum Landessteuergesetz rechtzeitig vor dem Auseinandergehen der Landesversammlung zu verabschieden. Es würde somit für die Berechnung der Anteile des Staates und der Gemeinden an der Reichseinkommensteuer jeder gesetzliche Maßstab gefehlt haben, und beide Beteiligten wären durch die hierdurch drohende Unsicherheit der Rechtsverhältnisse in schwere finanzielle Bedrängnis geraten, die die an sich schon bestehende Finanznot nicht unerheblich verschärft hätte. Um doch noch einen Weg der Verständigung zu finden, ist es in letzter Stunde unter persönlicher Mitwirkung des Finanzministers Lüdemann gelungen, ein Kompromiß zustande zu bringen, welches in der Dienstausschreibung des Hauptauschusses nahezu einstimmig Annahme fand, so daß die Verabschiedung dieser wichtigen Vorlage unmittelbar bevorsteht.

Um diese Verständigung zu ermöglichen, hat der Finanzminister sich bereit erklärt, zu Lasten des preussischen Staates die vom Reich mit 25 Prozent über dem Aufkommen aus der Einkommensteuer von 1919 den Gemeinden gewährte Garantie auf 35 Prozent zu erhöhen. Im übrigen wird auf Grund der statistischen Ermittlungen das Aufkommen zwischen Staat und Gemeinden geteilt werden. Außerdem ist die Schaffung eines Fonds von 10 Prozent des Aufkommens vorgesehen, mit dessen Hilfe Härten behoben werden sollen, welche sich bei einzelnen Gemeinden bei der Ausführung des Gesetzes nicht vermeiden lassen. Ferner ist vorgesehen, daß bei der gemeindlichen Besteuerung des reichsteuerfreien Mindesteinkommens nur das Einkommen des Steuerpflichtigen, nicht aber die auf Ehefrau und Kinder entfallenden Abzüge besteuert werden dürfen, wodurch dem sozialen Empfinden weiter Schichten Rechnung getragen sein dürfte. Das vorläufige Gezet gilt endgültig für das Jahr 1920. Es ist zu hoffen, daß das endgültige Gezet dem neuen Landtag bald zugeht.

Befolgung und Kapitaleinkommen der Beamten

Aus den Kreisen der mittleren Beamenschaft wird uns geschrieben:

Wir stehen im Zeichen des Wirtschaftslampies der Beamten, der Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten. Manche Forderungen der Beamenschaft mögen übertrieben sein, aber zweifellos scheint die bisherige Regelung der Beamtenbefolgung an zwei Kardinalpunkten zu leiden: der geringen Berücksichtigung des Familienstandes und der absoluten Auserachtlassung des Kapitaleinkommens. Es ist kaum zu verstehen, daß dem bisher weder die Regierungen noch die Beamtenorganisationen Beachtung geschenkt haben. Die Kinderzulagen sind so gering, daß damit kaum ein Säugling erhalten werden kann. Wenn ein gerechter Ausgleich in der Befolgung von Beamten mit solchen ohne Familie statifinden soll, müßten die Kinderzulagen

Ismer

Erzählung von Julius Levin

(A. Fortsetzung.)

Während er sich wusch und abrieb, wobei er die halbe Küche unter Wasser setzte und den angerichteten Schaden ausbesserte, indem er sorgsam aufwischte, machte Emilie sich schon zurecht. Einen ganz neuen Hut, mit sehr großer Feder, der Ismer hätte in die Augen fallen können, ließ sie in der Schublade und setzte denjenigen auf, welchen sie zu seiner Zeit getragen hatte und Ismer auch trotz einer gewissen Aufarbeitung wiedererkennen mußte. Sie stand gerade vor dem Spiegel, als er in die Stube zurückkehrte, um nach ihr zu sehen und in der Hoffnung, ihr jetzt appetitlicher vorzukommen.

„Ich bin schon fertig. Es ging genau so schnell wie bei dir!“ sagte sie, ohne sich umzudrehen, und betrachtete im Spiegel sein Gesicht. Da es etwas enttäuschten Ausdruck zeigte, war sie besonders zufrieden und, ihrer selbst und seiner nunmehr ganz sicher, legte sie sich Ismer um den Hals, setzte ihm die Küche auf und ging, um gar keine Fährlichkeiten aufkommen zu lassen, auf den Korridor hinaus, die Türe zu gewinnen, die Ismer bald abschloß, während sein Blick der die Treppe hinabsteigenden Frau halb bewundernd, halb verfluchend folgte.

Der Abend begann schon niederzugehen, als Ismer und Emilie in Treptow ankamen. Sie gingen in einen Biergarten in der Nähe des Bahnhofes und setzten sich etwas weiter von der Musik weg, die sich in klassischen Stücken und patriotischen Weisen austraste.

Ismer fühlte sich unter der Menschenmenge, die sich staubaufwirbelnd und geschwollen von Siegesgefühl durch die Gänge bewegte, ganz einsam. Er verheißte sich nicht, daß er sich weniger verlassen vorgekommen wäre, wenn er nicht Emilie bei sich gehabt hätte. Das deutliche Gefühl der Uebermüdung war besonders dazu angetan, das der Einsamkeit zu verschärfen. Er sprach denn auch kein Wort und karzte in das Gewühl, indem er den Rauch der Zigarre von sich blies. Emilie betrachtete ihren Mann mit wachsamem Auge und gab sich Mühe, keine Gedanken zu erraten.

Traute er ihr oder nicht?

Wußte er etwas vom Tode des Frijen, um den sie innerlich Trauer trug?

Und das wesentlichste: wie kam sie aus der Sache billigsten Kaufes davon?

„Du bist so still!“ sagte sie nach einiger Zeit, als sie gemerkt hatte, Ismer würde das Schweigen nicht brechen.

„Ich bin wirklich müde . . . Zu komisch! Da draußen habe ich mich niemals so kaputt gefühlt, auch wenn es toll zugegangen war“, erwiderte er, ohne Emilie anzusehen.

„Das muß noch von der Verwendung kommen“, sagte sie und machte dabei einen ihrer Ansicht nach gelungenen Versuch, Teilnahme an den Tag zu legen.

„Meinst du?“ fragte er mit langgezogenem Tone.

Daß sie doch es stets fertig bekam, ihn auf den Frijen zu stoßen! Muß sie doch auch gerade von der Verwendung reden! dachte er. Und er setzte laut hinzu: „Der Schlimmste war nicht mal so die Verwendung wie bei Drum und Dran . . . und de Nachbehandlung!“

„Hast du es im Lazarett nicht gut gehabt? Armes Kerlchen! Ra laß man! Wir werden dich schon pflegen“, begütigte sie.

„Es ist doch man jut, daß de nicht ganz so bist, wie ich mir manchmal gedacht habe. Ich hätte beinahe geglaubt, du machst dir ja nicht mehr aus mir!“

„Wieso denn?“

„Ra weißt de, vülle lange Briefe hast de mer nicht geschrieben!“

„Bitte schön!“ entgegnete Emilie sehr langsam, indem sie das ö voll ausklingen ließ. „Bitte schön! Ich habe immer noch mehr geschrieben, als du! Vor allen Dingen hättest du dich doch mal erkundigen sollen, wie ich hier lebe. Wenn du meinst, das war so leicht mit die paar Kröten . . .“

„Ach so . . . ja . . . weest de, ich dachte, du hast noch ein paar Schmutzkröten!“

„Schmutzkröten?! . . . Von was denn?“

„Ra verhungert bist de ja noch nicht ganz. Du siehst noch immer recht hübsch quabblig aus.“

„Mein Himmel! Alle Kleider sind mir schon zu weit. Wenn der Krieg noch lange dauert, dann muß ich mir wirklich ne Stellung suchen.“

„Man nicht de'n einzelnen Herrn!“

„Ich wer se nehmen, wo ich se kriegen!“

Ismer merkte an der bloßen Sprechweise Emilies, daß sie ärgerlich war. Je berlinerischer sie sprach, um so mehr ging sie auf den Zank aus. Er hatte eine gewisse Freude daran, sie aufzubringen, und fühlte vorher, wie hübsch es sein wird, sie andern Sinns zu machen. Entgegen konnte sie ihm ja doch nicht. Andererseits wollte er seine vermeintliche Ueberlegenheit nicht zu sehr ausnützen, denn einmal war Emilie ihm ja schon weggelaufen, und heute durfte sie das ja nicht! In Ismer regten sich alle jene seltsamen Instinkte der Grausamkeit und Wollust, die von der Angst in ihm niedergehalten waren, mit einer unbegreiflichen Kraft. Ihre Wirkung wurde noch begünstigt durch sein jetzt an Seiden und Kohheit gewöhntes Gemüt.

„Meinetwegen!“ sagte er. „Aber de Adresse wirst du mir doch wenigstens schreiben, damit ich dir empfehlen kann!“

„Wenn du bloß dazu nach Hause gekommen bist, dich hier zu zanken, dann hätst de deinen Besuch noch 'n bißchen aufschreiben können.“

„Ne, nicht bloß dazu“, glaubte er scherzhaft einsinken zu sollen.

„Dür' man drup!“ meinte sie kurz, und etwas in ihrem Tone deutete an, sie konnte denken, was sie sagte.

„Ra, wer' man nicht gleich wütend!“ meinte er.

„Du scheinst das Bier nicht jehohnt zu sein. Dein Zustand läßt noch nicht zu, daß de so viel trinkst.“

In der Tat hatte Ismer während der langen Zeit, die er still gewesen war, eine ganze Anzahl von Gläsern ausgetrunken und er fühlte selbst, daß sie wirkten.

Er langweilte sich plötzlich furchtbar. Selbst der verhaltene Zank mit Emilie versprach ihm keinen rechten Spaß mehr.

„Ich glaube“, sagte er plötzlich, „das Beste ist, wir gehen nach Hause.“

„Warum denn?“ meinte Emilie, „es is ja noch sehr schön hier.“

„Findst de?“

„Aber ja!“

„So? . . . Ra, dann immer zu! Reßner, bitte noch zwei Bier!“

„Für mich noch nicht!“ fiel Emilie ein.

„Mir können Se noch eins geben“, sagte er, indem er dem Reßner zuplinkerte.

(Fortf. folgt.)

um mindestens 300 Prozent erhöht werden. Noch unverständlicher aber erscheint die Ausbreitung des Kapitalismus. In den maßgebenden Reichsbehörden nicht bekannt, daß eine große Zahl von Beamten — höhere wie mittlere — ein nicht unbeträchtliches Privatvermögen besitzt? Die Teuerungszulage sollte doch lediglich dazu dienen, den Beamten den Lebensunterhalt, das vielgenannte Existenzminimum, zu schaffen. Ein Beamter, der ein Kapital von mehreren hunderttausend Mark sein eigen nennt, braucht keine Teuerungszulage, auch wenn er Familie hat. Es ist eine soziale Forderung, deren Berücksichtigung wohl kaum angezweifelt werden kann, daß vermögenden Beamten die Teuerungszulage um denjenigen Betrag gekürzt wird, der sich aus Berücksichtigung von Kapital und Familienstand ergibt. Wie hoch der Kürzungsfaktor zu nehmen ist, wäre eine Frage zweiter Ordnung. Man wende nicht ein, daß die Berechnung zu kompliziert würde. Die anwesenden Amtsstellen haben die Verzeichnisse des Familienstands ihrer Beamten, und die Steuerzettel geben die weitere Auskunft. So daß leicht die den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Staffelung festgestellt werden kann. Dadurch wäre beiden Seiten genügt: der Staat würde viele Millionen ersparen und den wirklich bedürftigen Beamten könnte geholfen werden.

Auflösung der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene. Durch Erlass des Reichskanzlers vom 7. Dezember 1920 ist die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene aufgelöst worden. Ihre Geschäfte gehen auf den Reichsabweisungskommissar über. Die Angelegenheiten der aus dem Ausland in Deutschland eingetroffenen Zivilgefangenen werden einem dem Reichsministerium des Innern unterstellten Reichskommissar für Zivilgefangene und Flüchtlinge übertragen. Der Reichskanzler hat an den Leiter der Reichszentrale, den rechtssozialistischen Abgeordneten Stücken, ein Dankschreiben für seine Tätigkeit gerichtet.

Kartellierung im Textilhandel. Nach monatelangen Verhandlungen wurde in Berlin der Reichsverband des Textileinzelhandels gegründet, dem die bedeutendsten Verbände des Textileinzelhandels bereits beigetreten sind. — Die Textilhändler, die sich in den Verhandlungen der Preisprüfungsstelle für ungeschuldbig an den Preissteigerungen in der Textilbranche erklärt haben, werden ihre Aufskand nicht verlieren, da die Kartellierung ihnen ermöglichen wird, an der Hochhaltung der Preise leicht mitzumachen.

Die Schließung des Betriebes der Firma Loewe

Ueber die Betriebsschließung, die am Sonnabend, 8. Januar, von der Direktion der Firma Loewe bekannt gegeben worden ist, sind von der Presse Mitteilungen verbreitet worden, die nicht die Tatsachen genau wiedergeben. Dies hat zu allerlei Mißverständnissen Anlaß gegeben. Die Ortsverwaltung des D. R. B. sieht sich aus diesem Grunde veranlaßt, einen genauen Bericht der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Die Belegschaft der Firma Ludwig Loewe steht sich gegenwärtig aus etwa 2500 Arbeitern und Arbeiterinnen zusammen. Von diesen arbeiten etwa 500 schon wochenlang, ein Teil seit 26 Wochen verkürzt, und zwar in einer Woche nur drei Tage. Die Rot dieser Kurzarbeiter steigt bei den gegenwärtigen Teuerungszulagen ins Unerträgliche. In einer Betriebsversammlung, die am Dienstag, den 4. Januar, stattfand, richteten die Kurzarbeiter an den Betriebsrat das Ersuchen, sofort mit der Direktion in Verhandlungen einzutreten, um zu erwirken, daß das Einkommen der Kurzarbeiter so gestellt werde, daß ihnen ein menschenwürdiges Leben gesichert sei. Zwei in diesem Sinne gehaltene Resolutionen wurden angenommen. Weiter wurde ein Antrag von der gesamten Belegschaft angenommen, der den Betriebsrat und die Vertreter der Organisationen beauftragt, mit der Direktion am Mittwoch, den 5. Januar in Verhandlungen zu treten. Die Antwort wurde bis Donnerstag, den 6. d. Mts., vormittags 10 Uhr verlangt; die Versammlung behielt sich weitere Maßnahmen vor.

Die Verhandlung zwischen der Direktion, dem Betriebsrat und den Organisationsvertretern fand am vorigen Donnerstag statt. Als Verhandlungsergebnis wurde festgestellt, daß die Arbeitszeit der Kurzarbeiter von drei auf vier Tage gesetzt werden solle. Alle seit länger als 12 Wochen verkürzt Arbeitenden sollten eine besondere Zulage erhalten, deren Höhe nicht gleich festgestellt wurde, erhalten. 16 Metallarbeiter, für die keine erhöhte Arbeitsmöglichkeit nach Meinung der Direktion geschaffen werden könne, sollten eine Abfindungssumme von 100 M. erhalten, falls sie sich verpflichten, sofort ihre Arbeit bei der Firma Loewe einzustellen. Als der Betriebsrat dieses Resultat den auf dem Fabrikhof versammelten mitteilte, löste dies naturgemäß helle Empörung aus. Die große Mehrzahl der Versammelten empfanden das als eine Provokation der Direktion. Die Kurzarbeiter verständigten sich darauf, am Freitag und Sonnabend nicht wie sonst auszugehen, sondern zu arbeiten. Die große Mehrzahl der Kurzarbeiter fanden sich am Freitag und Sonnabend an ihrer Arbeitsstelle ein, ohne von der Direktion oder deren Beauftragten an der Ausübung ihrer Arbeit gehindert zu werden. Am Sonnabend, eine halbe Stunde vor Betriebsbeginn, ließ dann die Direktion, ohne vorher den Betriebsrat zu verständigen, am schwarzen Brett eine Bekanntmachung anhängen, wonach ab Montag, den 10. Januar, der gesamte Betrieb geschlossen werde, da durch das Verhalten der Kurzarbeiter die Sicherheit des Betriebes nicht mehr gewährleistet sei.

In einer Betriebsversammlung, die am Montag stattfand, beschloß die Belegschaft auf Anraten des Betriebsrates und unseres Organisationsvertreters, gegen die Firma Loewe beim Demobilmachungskommissar Klage zu erheben auf Grund der Demobilmachung vom 8. November 1920 betr. Maßnahmen gegenüber Betriebsabteilungen und -Stellungen. Der Demobilmachungskommissar lehnte die Annahme dieser Klage mit der Begründung ab, daß er nicht feststellen könne, ob es sich um eine Stilllegung eines Betriebes handele oder um einen wirtschaftlichen Kampf. Diese Frage könne nur vor einem Schlichtungsausschuß geprüft und festgestellt werden. Der Betriebsrat betonte sofort, es handele sich um eine unberechtigte Betriebsschließung. Nach Verständigung und Aussprache mit dem Schlichtungsausschuß anhängig gemacht. Diese Verhandlung findet am Freitag, den 14. d. Mts., vormittags, unter der Leitung des unparteiischen Vorsitzenden, Stadtrat Dr. Simonsohn statt.

Die Ortsverwaltung des D. R. B. steht selbstverständlich auf dem Standpunkt des Betriebsrates der Firma Loewe, daß es sich um eine unberechtigte Betriebsschließung handelt. Die Verwaltung nimmt an, daß der Schlichtungsausschuß diesen Standpunkt gleichfalls einnehmen und dies in seinem Schiedsspruch zum Ausdruck bringen wird.

Durch die Presse und in Versammlungen wird der Ortsverwaltung der Vorwurf gemacht, daß sie sich der Angelegenheit nicht genügend genähert hätte. Aus der vorstehenden Darstellung ist zu ersehen, daß die Verwaltung alle notwendigen Schritte unternommen hat. Auch können wir feststellen, daß unser Vertreter an allen Verhandlungen teilgenommen hat, zu denen er geladen war. Somit fallen alle anderen Gerüchte und Darstellungen als gegenstandslos in sich zusammen.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Falsche Mitteilungen

In der „Roten Fahne“ vom 12. Januar berichtet in dem Artikel: „Der Kampf der Loewe-Arbeiterschaft“ ein Genosse Fiege, daß die Gewerkschaftskommission und die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale zu Mittwoch, den 12. Januar, vormittags 10 Uhr, sämtliche Betriebsabteile der Metallindustrie zusammengerufen hätte. Ferner werden durch falsche Mitteilungen die Gewerkschaftsvorstände zu Sitzungen eingeladen. Hierzu teilen wir der Öffentlichkeit mit, daß uns von alledem nichts bekannt ist. Wir fordern die Arbeiterschaft

auf, sich nicht durch unkontrollierbare Gerüchte und Darstellungen irritieren zu lassen. Die allein zuständigen Organisationen für die Loewe-Angelegenheit sind: Der Metallarbeiter-Verband und die für diese Branche in Betracht kommenden Vsa-Verbände. Nur auf deren Verlangen nehmen wir zu den Dingen Stellung. Es hat den Anschein, als ob man zur Durchführung der für den 15. Januar von bestimmter Seite geplanten Aktion sich nicht mehr getraut, gerade Wege zu gehen. Wir warnen die Arbeiterschaft nochmals vor unüberlegten Schritten.

Vsa, Ortsstelle Groß-Berlin.
Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.

Betriebsversammlung Ludwig Loewe. Die für Donnerstag angelegte Betriebsversammlung findet nicht statt. Die nächste Versammlung der gesamten Belegschaft ist am Freitag, 14. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im „Moabit Stadttheater“, Alt-Moabit 49, Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. Der Betriebsrat.

Die Angestellten-Gewerkschaften

Kommunistische Versammlungssprenger

Vom Zentralverband der Angestellten (Ortsgruppe Berlin) wird uns geschrieben:

Der Zentralverband der Angestellten (Z. d. A.) hatte für den 7. Januar eine Versammlung einberufen, in der Paul Lange über die Frage sprach, ob für die freigewerkschaftlichen Angestellten auch künftig die Berufsorganisation zweckmäßig oder ihr Anschließ an die Arbeitergewerkschaften notwendig sei.

Der Referent wies einleitend darauf hin, daß in der Gewerkschaftsbewegung der Gedanke der härteren Zusammenfassung immer lebendiger gewesen sei. Vor dem Kriege ist die Zahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften z. B. vom Jahre 1906 bis zum Jahre 1914 von 66 auf 48 zurückgegangen; also hatte sich in diesem achtjährigen Zeitraum die Zahl der freien Gewerkschaften um ein volles Viertel vermindert und zwar dadurch, daß sich eine Reihe von Gewerkschaften verschmolzen haben. Der Gewerkschaftswachstum vom Jahre 1914 hat jedoch beschlossen: „Die gewerkschaftliche Entwicklung vollzieht sich unverkennbar in der Richtung des Zusammenflusses der Organisationen zu großen, leistungsfähigen Verbänden und die fortschreitende Technik bedingt mehr als jeher die Zuführung der ungelerten und Hilfsarbeiter zu den für sie zuständigen Berufs- bzw. Industrieverbänden.“

Lange führte Johann aus, daß die

Konzentration der Gewerkschaften

vielfach auch bei deren Mitgliedern noch Widerstände finde, wie dies in letzter Zeit bei den Kupfer Schmieden und Hutmachern der Fall gewesen sei. Die Mitglieder des Hutmacherverbandes haben die Verschmelzung mit einem größeren Verbande zum Teil aus dem Grunde abgelehnt, weil sie nach der Verschmelzung genötigt gewesen sein würden, höhere Beiträge zu zahlen. Die Konzentration der Gewerkschaften sei aber dringend erforderlich; er könne beispielsweise gar keinen Grund einsehen, warum im graphischen Gewerbe eine Trennung der Organisationen in getrennte Buchdrucker, ungelernete Hilfsarbeiter usw. notwendig sei. Technisch stege es beispielsweise im Baugewerbe.

Bezüglich der Angestellten sei zu berücksichtigen, daß für diese noch immer große bürgerliche Berufsorganisationen bestehen und noch immer bei manchen Angestellten die Tendenz zur Gründung kleiner Fachvereine zu bemerken sei. Es würde daher eine schwere Schädigung der freigewerkschaftlichen Arbeitstätigkeit sein, wenn der Z. d. A. nicht seine Tätigkeit fortsetze, sondern seine Mitglieder den bestehenden Arbeitergewerkschaften zuweisen würde. Die Auffassung unter den Angestellten kann am besten von einer Angestelltenorganisation gelassen. Eine Angestelltenorganisation kann ihre Kollegen viel wirkungsvoller darüber aufklären, daß die von bürgerlichen Angestelltenorganisationen erstrebten Absonderungen von den Arbeitern verderblich seien. Der Z. d. A. habe z. B. mit den anderen zum Vsa-Bund gehörigen Angestellten-Gewerkschaften mit großem Erfolg die Schäden eines Sonderversicherungsgesetzes für Angestellte usw. aufgedeckt. Würde der Z. d. A. nicht mehr bestehen und die Agitation gegen die Reaktion im Angestelltenlager den verschiedenen Arbeiterverbänden überlassen bleiben, so würden diese in dieser Beziehung nicht mit demselben Erfolg arbeiten können. Der Z. d. A. trage aber der Entwicklung zu den gewerkschaftlichen Industrieverbänden insofern Rechnung, als er seine Mitglieder nach den einzelnen Industrien gliedere, so daß diese Fachgruppen jederzeit mit den entsprechenden Arbeitergewerkschaften Hand in Hand gegen das Unternehmertum kämpfen können.

Der Redner wies zum Schluß seiner Ausführungen nochmals darauf hin, daß die Frage der Organisationsform keine grundsätzliche, sondern eine taktische sei, für die nicht nur die Ziele der Angestellten und Arbeiter, sondern auch deren Psyche und die wirtschaftliche Entwicklung maßgebend sei. Selbst Karl Kadel habe in einer 1919 erschienenen Broschüre „Die Entwicklung der Weltrevolution“ ausgesprochen, man könne nicht im Ku-Fachverbände in Industrieverbände umwandeln. Kadel meinte: „Nur ist der Unterschied zwischen der Lage einzelner Fachgruppen des Proletariats sehr groß, und über die aus diesem Unterschied sich ergebende Existenz der Fachverbände kann sich mit leichtem Sprung nur der hinwegsetzen, der weder mit dem konkreten ökonomischen Kampfe zu tun hat, noch über keine Notwendigkeiten nachzudenken sich die Mühe geben will.“

Der Z. d. A. hatte zu dieser Versammlung auch den noch nicht lange bestehenden „Verband der Kopf- und Handarbeiter aller Verwaltungsbehörden“ eingeladen, der ebenfalls kein Industrieverband, sondern ein kleiner Berufsverband von Angestellten und Arbeitern in allen möglichen staatlichen sowie Gemeinde- und Privatbetrieben ist, aber fortwährend mit dem Schlagwort „Industrieverband“ operiert, ohne sich theoretisch darüber klar zu werden und ohne praktisch die Forderungen aus seiner Forderung nach Industrieverbänden zu ziehen. Namens dieses Verbandes der Kopf- und Handarbeiter sprach der Kommunist Hedert. Auf die Frage, ob die Existenzberechtigung besonderer freigewerkschaftlicher Angestelltenverbände zu bejahen oder zu verneinen sei, ging er überhaupt nicht ein, sondern behauptete allgemein, die Gewerkschaftsführer seien allein daran schuld, daß die Entwicklung der Gewerkschaften von Berufs- zu Industrieverbänden noch nicht weiter vorgeschritten sei. Kommissarweise berief er sich aber, um die Notwendigkeit der Industrieverbände zu beweisen, auf zwei Gewerkschaftsbeamte, nämlich den rechtssozialistischen Fabrikarbeiterführer Bren und den verstorbenen Fabrikarbeiter-Redakteur Schneider, die beide auf dem Gewerkschaftswachstum im Jahre 1914 für „Industrieverbände der ungelerten Arbeiter“ eingetreten waren. Hedert hätte eigentlich wissen müssen, daß es weder „Industrieverbände geleiteter Arbeiter“ noch „Industrieverbände ungelerner Arbeiter“ geben kann, sondern daß in einem Industrieverband alle Arbeitergruppen einer bestimmten oder einiger verwandten Industrien vertreten sein müssen. Der von Hedert als vorbildlich empfohlene Fabrikarbeiterverband ist auch heute noch keine Industriergewerkschaft, sondern eine Berufsorganisation der ungelerten Arbeiter in folgenden Industrien: Blumen- und Wälderindustrie, Chemische Industrie, Farben und Säuren, Fischkonzerne, Gummi, Kallindustrie, Konservenindustrie, Leder und Farben, Margarine-Industrie, Pelindustrie, Papierzeugung, Papierverarbeitung, Pharmazeutische Industrie, Spielwarenindustrie, Spinnfaserindustrie, Sprengstoffindustrie, Steine und Erden, Strohwarenindustrie, Zuckerindustrie, Zündholzindustrie. Der Fabrikarbeiterverband würde bei einer Umwandlung der bestehenden freigewerkschaftlichen Organisationen in Industrieverbände unbedingt zerfallen werden müssen: er könnte nach der Struktur seiner Mitglieder nur die Grundbausteine für eine Gewerkschaft der chemischen Industrie bilden. In seltsamem Kontrast zu seinen sonstigen Vorlesungen veranlaßte Hedert, der von ihm befürwortete Z. d. A. solle den Verband der Kopf- und Handarbeiter in sich aufnehmen, sich mit ihm verschmelzen. Hedert führte des Weiteren aus, der Verband der Schiffszimmerer bestche

heute nur deswegen noch, weil Dismann (der Metallarbeiterführer) und Larnow (der Holzarbeiterführer) sich nicht darüber einigen könnten, wem die Schiffszimmerer das Recht bestreiten, selbst zu entscheiden, wohin sie wollen?

Hedert erntete bei seinen anwesenden kommunistischen Freunden lebhaften Beifall. Seine Freunde applaudierten aber auch dem nach ihm Sprechenden Vertreter des Deutschen Handlungsgewerkschaftsverbandes und dem Vertreter des bürgerlich-demokratischen Gewerkschaftsbundes der Angestellten, der sich ausdrücklich für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ausgesprochen hatte. Diese merkwürdige Uebereinstimmung der Kommunisten mit den Deutschen Nationalen suchte Hedert in seinem Schlußwort mit einigen verlegenen Redensarten zu verwickeln, was ihm aber natürlich unmöglich war. Obwohl Hedert zweimal Gelegenheit gehabt hatte, ausführlich zu sprechen und auch in der Diskussion noch weitere Redner der Kommunisten gesprochen hätten, konnte unser Kollege Lange kein Schlußwort nicht halten, da Hedert durch wiederholtes lautes Dozwischen-Schreien für seine Freunde das Signal gab, die Versammlung während Lange's Schlußwort zu sprengen.

Groß-Berlin

Gerechtigkeit

Die ersten Kriegsverbrecher zu langen Zuchthausstrafen vom Reichsgericht verurteilt, so kündigt es laut die bürgerliche Presse (Morgenpost). Dem Freunde wird Genugtuung, freude dich freie deutsche Republik, daß noch kein Kapp-Putsch entstanden, die Dageich nicht mobilgemacht wurden. Welch ein Fortschritt im Reich der Justitia. Allerdings keine Fürsten, Generale, oder Kronprinzen standen vor dem höchsten deutschen unbeeinflussbaren Reichsgericht der Republik. Die man bestrafte, standen nicht auf der Liste, welche die Entente uns einreichte, aber man muß doch tun, als ob man täte.

Wich graut, denke ich an die Zuchthausstrafen derer, auf deren Befehl Orte und Städte angezündet, dem Erdboden gleichgemacht, Bergwerke zerstört, Zivilisten erschossen und gemariert wurden, welche die Lebensquellen des französischen Volkes vernichteten, und andere Schandthaten mehr ausgeübt haben. Je höher wir in der Charge kommen, um so größer sind die Verbrechen, die begangen wurden, insofern muß auch die Strafe eine höhere werden.

Wir werden da wohl nicht genug Zuchthäuser zur Verfügung haben, um den Besten und Teuersten der Nation ein standesgemäßes Unterkommen zu schaffen. Zu diesem Zweck sollen Wälder und Badeorte in Zuchthäuser umgewandelt werden. Da alles nach Charge geht, kann man nicht verlangen, daß der gemeine Soldat mit Kronprinz Rupprecht eine Zelle teilen soll.

Auf die Straße gesetzt

Ein außerordentlich trauriger Fall von Brutalität eines Hausagrariers ist aus Charlottenburg zu berichten. Die Portierfrau Tappo, die in der Leonhardstraße 7 die Hausreinigung eines Hauses mit vier Ausgängen für monatlich Lage und Löhre 19 Mark innehatte, betrat sich am dem Streif der Portiers. Das war in den Augen des Hausbesitzers, eines Herrn Lewis, seines Zeichens Buchhändler, ein Kapitalverbrechen. Der armen Frau mehr für ihre Arbeit zu bezahlen, fiel ihm nicht ein und die Frau weigerte sich deshalb die Hausreinigung weiter zu verrichten, bezahlte aber die Wohnung.

Der Hausbesitzer hatte nun einen Räumungsbefehl erwirkt und am Dienstag früh wurde die von zwei Familien bewohnte Portierwohnung durch einen Gerichtsbeamten mit Hilfe von Schuppolizisten und Ziehleuten geräumt. Auf die zweite Familie, die ein Zimmer von der Portierfrau abgemietet hatte, wurde keine Rücksicht genommen, auch ihre Möbel wurden auf die Straße gestellt. Rücksichtslos wurde auch ein Schwerkrankenbeschädigter (70 Prozent), der vor einigen Tagen erst einen Bruststurz hatte, aus seinem Bett geworfen. Die Möbel der beiden Familien standen am Dienstag den ganzen Tag auf der Straße. Der Schwerkrankenbeschädigte erwirkte nun bei dem Polizeipräsidenten eine Anweisung, daß die Wohnung solange den Leuten zur Verfügung gestellt werden müsse, bis eine andere Wohnung beschaffen sei. Der Hausbesitzer bezeichnete diese Anweisung als ein Schwindelnummer. Nunmehr wandten sich die bedrängten Leute an die Sophie-Charlottenwache, daß diese veranlasse, daß die Wohnung geöffnet werde. Das wurde von dem Wachhabenden rundweg abgelehnt, denn

„Für Privatleben habe er kein Interesse!“

Wenn sie keine Wohnung hätten, so äußerte sich der „Schuh“ polizist weiter, dann könnten sie ja auf der Straße schlafen. Das „machen Sie, daß Sie rauskommen“ bei dem Gemütsmenschen von Schuppolizisten nicht fehlte, braucht nicht besonders betont werden. Erst als das Kommando der Schuppolizei angerufen worden war, sorgte die Polizei für Öffnung der Wohnung.

Bereits am geizigen Mittwoch hatte der Hausbesitzer es verstanden, eine Verfügung zu erhalten, die ihm das Recht zugestanden die beiden Familien wieder auf die Straße zu setzen. Die Brutalität wie am Dienstag wiederholten sich. Der Schwere Kranke wurde wieder auf die Straße gesetzt, ein zwölfjähriges Kind wurde in seinem Bettchen beim regnerischen Wetter an die frische Luft befördert.

Als unser Vertreter an Ort und Stelle diese himmelschreienden Gemeinheiten nachtraute, waren Möbel und Betten durchgehends vor dem Hause standen zwei Sicherheitspolizisten, sicherheits Ehrenwache für den menschenfreundlichen Hauswirt.

Später gingen die beiden Wächter ins Haus. Einer von der Wohnung des Hausbesitzers, der zweite eine Etage höher in einer anderen Wohnung. Auf Befragen erklärte der erstere, daß er zum

persönlichen Schutz des Hausbesitzers

abkommandiert sei. Was der andere Schuppolizist für einen Auftrag hatte, entzieht sich unserer Kenntnis. Sicherlich hatte er einen anderen Hauseinwohner persönlich zu beschützen. Auf der einen Seite versagt ein Wachhabender armen Leuten Hilfe, um ein Unterkommen zu finden und auf der anderen Seite werden von derselben Wache einem brutalen Hauswirt zwei Leuten hintereinander zwei Schuppolizisten zum persönlichen Schutz zugeteilt. Ist die Schuppolizei nur eine Schutzwache der Besitzenden? Ist die Schuppolizei dazu da, sich Brutalität wie die geschändeten anzusehen und dann als Ehrenwache fungieren?

Als Kuriosum bleibt noch zu berichten, daß das Wohnungsamt der Familie des Schwerkrankenbeschädigten eine Wohnung zugewiesen hat, die erst in sechs Wochen bezogen werden kann. Für eine andere Wohnung, einem umgebaute n Stall, soll der Mann monatlich 150 Mark bezahlen. Das Wohnungsamt erklärte, wenn er sie nicht wolle, könne er wie die Portierleute ins Alt-Alt-Obdachlose gehen.

Die Wohnungsämter sollen für den Schutz der Mieter sorgen. Wie sie ihre Tätigkeit ausüben, zeigt der vorliegende Fall. Ist so etwas im Jahre 1921, im dritten Jahr einer Revolution. Wie können sich überhaupt Proletarier finden, die einen Schwerkranken, ein kleines Kind, im ganzen fünf Klassengehörigen bei Regen und Kälte auf die Straße setzen helfen?

Eine neue Milchverteilung

Es wird gemeldet: Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat für das Gebiet der Provinz mit Ausnahme des zur Staatlichen Verteilungsstelle Groß-Berlin gehörigen Bezirks die Zuschläge für eine besondere Behandlung der Milch

1921. Danach kann bei Lieferung von Milch über eine Molkerei ein weiterer Zuschlag von 3 (bisher 2) Pfg. gewährt werden. Wird die Milch sofort nach Ankunft in der Molkerei auf Säure geprüft, durch Zentrifugalkraft oder andere einwandfreie Weise gereinigt und sachgemäß pasteurisiert oder mit einem geschl. zugegebenen Feuchterhaltungsmittel vorchriftsmäßig behandelt, so kann ein weiterer Zuschlag von 5 Pfg. gewährt werden. Wird die Milch dann noch mit Hilfe von Kühlmaschinen auf etwa 2 bis 3 Grad heruntergekühlt, so kann nochmals ein Zuschlag von 7 Pfg. gewährt werden.

Wird in je 1 Liter Milch ein halber Liter Wasser gegossen, so kann ein Zuschlag von 20 Pfg. pro Liter gewährt werden. — Diese Bestimmung fehlt noch, um den Agrariern nur ja die Lásche zu füllen!

Die Ausschuhmitglieder der Kinderschuhkommission von Groß-Berlin wollen sich am Freitag in der Zeit von 11—2 Uhr im Jugendamt, Zimmer 64, einfinden.

Bibliothek der Arbeiter-Bildungsschule. Wegen der Neuauflage der Bibliothek in den Räumen Breite Straße 89 bitten wir, alle ausgeliehenen Bücher sofort an unser Bureau zurückzugeben. Geöffnet von vormittags 10 bis nachmittags 5 Uhr, Donnerstag bis 8 Uhr abends.

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen des Nordens. Die Soz. Proletarierjugend Nordens hat zum Donnerstag den 13. Januar 1921, eine Versammlung mit dem Thema „Was wir wollen“ nach Büttner's Festhalle, Schwebler Straße 23, einberufen. Alle Jugendlichen werden aufgefordert, an dieser Versammlung teilzunehmen und Freunde und Bekannte mitzubringen.

Eintragung in die Abkündigunglisten für Oberhiesigen. Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberhiesiger veröffentlichen im Anzeigenteil dieser Nummer, eine Bekanntmachung über Entgegennahme der Anträge auf Eintragung in die Abkündigunglisten. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Anzeige und heben hervor, daß die Anträge sofort gestellt werden müssen, da die Frist hierfür sehr kurz bemessen ist.

Vom Mehlbezug ausgeschlossen. Wegen unzulässiger Betriebsführung sind vom Mehlbezug ausgeschlossen worden 1. der Bäckermeister Ernst Martini, Wolgaster Straße 4, 2. der Bäckermeister Karl Kant, Andreasstraße 38, 3. der Bäckermeister Gustav Klätke, Tiltner Straße 26 (2 Monai), 4. der Konditor Franz Bowsel, Boltstraße 34 (2 Wochen).

Die Milchlieferung wird wie folgt geändert: Die A- und B-Kinderarten werden für den 13. und 14. Januar nach Liste III bedient, d. h. A I 1 Liter, A II 1 Liter, B I 1/2 Liter, B II 1/2 Liter. Die 1/2-Liter-Kinderarten erhalten am 13. Januar außer einer Büchse Kondensmilch 1/2 Liter Frischmilch. — Die angegebene Lieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 zu Berlin neu hinzugekommenen Gemeinden.

Der mittlere Kofoppreis für das Vierteljahr Januar/März 1921 wurde auf 24 Mark festgesetzt.

Die neue Gebührenordnung für Hebammen ist auf den ganzen Bereich der neuen Stadtgemeinde Berlin ausgedehnt worden.

Aus dem Teltow-Kanal wurde gestern in Baumshuldenweg unweit der Späthbrücke die Leiche eines etwa 50 Jahre alten unbekanntes Mannes gefandert. Man schaffte den Toten nach der Halle des Neuen Friedhofes in der Kiehlstraße.

Ein Geschäftsführer als Strahentrüber. Der 57 Jahre alte Kellner Alex Baum wurde heute morgen in der Oranienburger Straße an der Ecke der Auguststraße von dem 34jährigen Geschäftsführer Karl Keefe ohne jeden Grund überfallen, zu Boden geworfen und seiner goldenen Uhr im Werte von 4000 M. beraubt. Der Strahentrüber wurde festgenommen.

Auf der Flucht niedergeschossen. Bei der Festnahme mehrerer Personen in dem Schanklokal der Frau Emilie Hellwig, Zietenstraße 77, machte der wohnungslose 21jährige Bader Walter Timmich einen Fluchtversuch. Da er auf wiederholten Halttruf

nicht stand, feuerte einer der Beamten einen Schuß auf ihn ab, durch den er am linken Oberschenkel verletzt wurde. — Die Wistole scheint bei den Beamten außerordentlich locker zu stehen, denn die „Niederstichungen auf der Flucht“ häufen sich in bedenklicher Weise.

Neufahrer Einigungsamt für Miete und Pacht. Der Neufahrer Magistrat hat zur Bewältigung der umfangreichen Arbeiten im Mieteinigungsamt beschlossen, die Zahl der Vorsitzenden in den einzelnen Kammern entsprechend zu erhöhen, jedoch neben den hauptamtlichen auch nebenamtliche Vorsitzende herangezogen werden. Im übrigen soll durch noch zu beratende Maßnahmen auf eine größtmögliche Vereinfachung und Verbesserung des Geschäftsverfahrens hingestrebt werden.

Gewerkschaftliches

Neuwahlen im Velleibungsarbeiter-Verband

Die von etwa 4000 Mitgliedern besuchte Generalversammlung in den Germania-Prachtzälen beschloß nach Entgegennahme des Geschäftsberichts über das abgelaufene Geschäftsjahr mit übergroßer Mehrheit, die Neuwahl der engeren Ortsverwaltung, durch Urwahl am 20. Januar vorzunehmen. Es wurden zwei Listen eingereicht, und zwar die Liste der U. S. P. mit Gen. Lehmann als 1. Vorsitzenden, die Liste der A. P. D. mit Schumacher als 1. Vorsitzenden. Bedauerlicherweise mußten Hunderte von Mitgliedern wieder umkehren, da der Saal sowohl als auch die Galerie schon vor Beginn der Versammlung überfüllt war.

Achtung, arbeitslose Eisenbahner!

Es soll eine Nachzahlung stattfinden, ebenso eine Realisierung der nach dem neuen Statut unterstützungsberechtigten Kollegen. Im Deutschen Eisenbahner-Verband organisierte Kollegen werden aufgefordert, sich umgehend im Verbandsbureau, Behrenufer 10, 1. Treppe, zu melden. Die Ortsverwaltung Berlin.

Schneider!

Heute abend 8 Uhr findet die im Flugblatt bekanntgegebene Protest-Versammlung in den Arminköhlen, Kommandantenstraße 58—59, statt. Tagesordnung: „Die Mundtotmachung der Opposition und ihre künftigen Aufgaben.“ Referent: Kollege Karl Bierath. Und nun noch einmal Kollegen, wehrt Euch gegen die zugefügte Schmach der Entziehung, geht in die Versammlung und bringt den letzten Mann mit. Niemand darf heute fehlen. Es geht um unser Recht.

Die Aktionsausschüsse der Opposition.
Otto Fiedler. R. W. Schmidt.

Die Eisenbahnbeamten und Arbeiter von Werft und Betrieb Potsdam beschlossen in einer starkbesuchten Versammlung am Sonntag folgende Resolution: „Die am 9. Januar tagende Betriebsversammlung der Beamten und Arbeiter der Eisenbahnwerkstatt und des Betriebs Potsdam stellt an ihre Hauptvorstände die Forderung, daß sie von den an die Regierung gestellten Mindestforderungen von 1 M. Stundenloohnerhöhung für die Werkstattarbeiter und Handwerker, sowie die Erhöhung der Beamtengehälter um 90 Prozent usw., gestaffelt unter keinen Umständen abweisen, sondern dieselben als Mindestforderung betrachten. Die Betriebsversammlung erklärt sich mit den von dem Sechzehnerausschuß mit dem Vertreter der Regierung vereinbarten Lohnsätzen nicht einverstanden und betrachtet dieselben als Bettelstennige, da sie den heutigen Lebensverhältnissen nicht im geringsten angepaßt sind. Die Betriebsversammlung erklärt, daß

sie mit ihrer ganzen Kraft und bis zum äußersten um diese Lebensbedingungen kämpfen wird; sollten wider Erwarten die Hauptvorstände anderer Ansicht sein, so verlangen die Gewerkschaftsmitglieder eine beschleunigte Urabstimmung im ganzen Reich darüber, und zwar innerhalb 4—5 Tagen. Die Mitglieder haben es satt, sich noch länger in der von der Regierung bisher hinausgezögerten Verhandlung hinhalten zu lassen, sie wünschen endlich als Mensch unter Menschen leben zu können und verlangen von den an die Spitze der Bewegung hingestellten Personen, daß sie dem Rechnung tragen. Außerdem wird verlangt, daß auch bei den übrigen Forderungen bindende Erklärungen von der Regierung abgegeben werden.“

Verammlung der U. S. P.-Funktionäre im Transportarbeiter-Verband. Am 10. Januar 1921 fand im Dresdener Kasino, Dresdener Straße 98, eine gut besuchte Zusammenkunft der auf dem Boden der U. S. P. stehenden Funktionäre des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes statt, in der Genosse Oltersdorf über die bevorstehenden Landtagswahlen referierte. In klaren Ausführungen führte Redner aus, daß es Aufgabe der Funktionäre der Gewerkschaften sei, in den Wahlkampf einzutreten und mitzuwirken, sollen die durch Revolution eroberten Rechte der Gewerkschaften nicht noch mehr verloren gehen. Zur Verringerung der Arbeitslosigkeit im Transportgewerbe müssen von der Regierung Mittel bereitgestellt werden, um den Wohnungsbau zu fördern. Mit aller Kraft müsse für den Abbau der Lebensmittelpreise eingetreten werden und durch die Kontrolle in den Betrieben ihren Anfang nehmen. In den Vordergrund trete die Forderung der Arbeiterkass in der Sozialisierung des Bergwerkes. In der nun anschließenden Diskussion ergänzten noch einige Redner die Ausführungen und brachten zum Ausdruck, in nächster Zeit müßten Verhandlungen regelmäßig abgehalten werden.

Achtung Schaufensterdekorateure! Am Donnerstag, den 13. d. M., abends pünktlich 8 Uhr, findet im Restaurant „Alter Kaskanier“ eine öffentliche Versammlung der Schaufensterdekorateure statt. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Kunstmalers M. L. Leonhard über „Das Innenplakat im Verhältnis zum Schaufenster“. Wir erwarten zu dieser Versammlung das Erscheinen aller Schaufensterdekorateure. Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe 7 d.

Deutscher Transportarbeiter-Verband (Bezirk Groß-Berlin). Die Differenzen bei der Firma H. Grundel, Spandauer Str. 3, sind beigelegt. Die Brandversicherung.

„Ugla“ Streikversammlung, sehr wichtig! Donnerstag, den 13. d. M., 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus. (Verhandlung.) Streikleitung.

Aus den Organisationen

4. Bezirk. Sonnabend, 15. Januar, abends 7 Uhr, bei Grabmann, Mehrerstraße 21, Vollversammlung der Eisenarbeiter. Dringendes Erscheinen ist unbedingt notwendig.

7. Bezirk. Sitzung der Kattillenkommission am Donnerstag 7 Uhr bei Schulze, Reminieren Str. 34. Erscheinen aller dringend notwendig.

8. Bezirk. Am Sonnabend, 15. Januar, veranlaßt die Bildungscommission einen weiteren Abend im Casino-Casino, Pflanzberg, Kiehlstraße. Karten zu 2 M. sind zu haben bei den Bezirks- und Abteilungsleitern, auch bei Mittelschulz, Petersburger Str. 5, und an der Abendkasse. Um rege Teilnahme wird gebitten.

10. Bezirk. Die Genossen werden auf die von der Soz. Proletarierjugend einberufene Versammlung in Büttner's Festhalle aufmerksam gemacht und gebeten, ihre Anwesenheit zu sichern.

12. Bezirk. 2. Abteilung. Kommunale Kommission. Sitzung am Freitag 7 Uhr bei Weigel, Löhner Str. 30. Unabdingtes Erscheinen notwendig.

12. Bezirk. Wir bitten alle Genossen des Bezirks, sich an der am Freitag stattfindenden Märlerversammlung in der Schulaula, Greifenhofener Straße, zu beteiligen. Die Genossen erlauben wir zur Frauenversammlung am Freitag, in der Schulaula Sonnenburger Straße, zu erziehen.

Krauß. Die Bezirksleiter werden ersucht, heute nachmittags von 4 Uhr ab bringendes Material beim Genossen Kaufmann abzugeben. — Die Redatoren und Helfer werden gebeten, sich am Freitag nachmittags 5½ Uhr beim Genossen Kaufmann einzufinden.

Schöneberg-Friedens. Donnerstag abend 7 Uhr Sitzung des Randspitzenkommission bei Klef, Holz-Neuter-Gde Marktstraße. Alle Genossen, die

Ausnahmepreise für Einzelpaare und Restbestände

Einige Beispiele:

Herrenstiefel guter Arbeits- u. Strassenstiefel, solides Fabrikat	98.-	Damenstiefel Solider Strassen- stiefel, in guter Lederverarbeitg.	108.-
echt Rindbox, eleg. Strassen- stief., mod. Form	136.-	echt Rindbox u. Ross-Chevreau, eleg. mod. Form	138.-
echt R.-Chevr., m. u. o. Lackk., vorn. Gesellsch.-Stiefel	158.-	echt Chevreau, Orig.-Rahmenar- beit, hochelegant	158.-

Kinderstiefel / Ballschuhe
Hausschuhe

Wir fabrizieren selbst
und beschäftigen zirka
3000 Arbeiter und
Angestellte

Conrad

Lack & Cie.
A.G.
Schuhfabriken Burg b. Magdb.

Beispiel
der Leistungsfähig-
keit unserer Fabrik:
Eleganter Hochschaf-
stiefel, echt R.-Chevr.
Ausnahme-Preis
178.-

SW, Friedrichstr. 240/41
W, Potsdamer Strasse 50
V, Schillstrasse 16
NW, Beusselstrasse 29

NW, Turmstrasse 41
NW, Wilsnacker Str. 27
N, Brunnenstrasse 37
N, Danziger Strasse 1

N, Friedrichstrasse 130
N, Mällerstrasse 3
O, Andreasstrasse 50
O, Frankfurter Allee 22

SO, Oranienstrasse 2a
SO, Wrangelstrasse 49
C, Spittelmarkt 15
C, Rosenthaler Strasse 14

123 Verkaufsstellen im Reiche
Neukölln, Bergstr. 30/31
Charlottenburg, Wilmers-
dorfer Str. 122/23, Potsdam,
Brandenburger Strasse 56

